

## Niederschrift der Sondersitzung des Stadtrates (Haushalt 2021) am 14.07.2021

---

<b>Sitzungsort:</b>	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:14 Uhr
<b>Ende:</b>	22:46 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratsvorsitzender:</b>	Herr Panse
<b>stellv. Stadtratsvorsitzende:</b>	Frau Schönemann (TOP 6.2.7)
<b>Schriftführer:</b>	

### Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschriften	
3.1.	aus der Stadtratssitzung vom 28.04.2021	
3.2.	aus der Stadtratssitzung vom 29.04.2021	
3.3.	aus der Stadtratssitzung vom 05.05.2021	
4.	Aktuelle Stunde	
5.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	

6.	Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Einwohnerantrag gem. §16 ThürKO i.V.m. §§ 1 ff. Thür-EBBG "Neubau Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim im städtischen Haushalt sichern"-Entscheidung über die Zulässigkeit (§ 7 Abs. 3 ThürEBBG) Einr.: Oberbürgermeister	<b>1001/21</b>
6.2.	Haushalt 2021	
6.2.1.	Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0956/20</b>
6.2.1.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0956/20 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt	<b>0843/21</b>
6.2.2.	Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0270/21</b>
6.2.2.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt	<b>0727/21</b>
6.2.2.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0727/21 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt	<b>1113/21</b>
6.2.2.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt	<b>0808/21</b>
6.2.3.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO i.V.m. §§ 1 ff. Thür-EBBG "Neubau Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim im städtischen Haushalt sichern" Einr.: Oberbürgermeister	<b>1002/21</b>

6.2.4.	Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuern der Stadt Erfurt (Hebesatz-Satzung) Einr.: Fraktion AfD	<b>1031/21</b>
6.2.5.	Änderung der Satzung zur Beteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schüler an den Beförderungskosten auf Schulwegen vom 24. Oktober 1995 Einr.: Fraktion AfD	<b>1033/21</b>
6.2.6.	Änderung des Stellenplans der Landeshauptstadt Erfurt und Einstellung einer Mindestrücklage gem. § 20 Abs. 2 ThürGemHV Einr.: Fraktion AfD	<b>1034/21</b>
6.2.7.	Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021 Einr.: Oberbürgermeister	<b>0674/21</b>
6.2.7.1.	1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0674/21 - Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021	<b>0915/21</b>
6.2.7.2.	Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitanträgen zur Drucksache 0674/21 - Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021	<b>1152/21</b>
6.2.7.3.	Anpassung der Struktur der Unterabschnitte für ausgewählte Ämter ab dem HH-Jahr 2021	<b>0599/21</b>
6.2.7.4.	Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 07.07.2021 zum TOP 3. - Nachfragen zum Haushaltsplanentwurf 2021 (Drucksache 0674/21)	<b>1179/21</b>
7.	Informationen	

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, eröffnete in Vertretung des Oberbürgermeisters die 21. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019 – 2024 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Zunächst wurde durch Herrn Linnert der kürzlich verstorbenen ehemaligen Stadträtin, Frau Margarethe Hensch, gedacht, welche von 1990 bis 2014 in mehreren Wahlperioden insgesamt 16 Jahre lang im Erfurter Stadtrat vertreten war. Es folgte eine Schweigeminute.

Anschließend übergab er die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratsitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratsitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte er ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen er mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Anschließend ging er auf das Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen ein, welches die Stadtratsmitglieder mit ihrer Einladung erhielten. Er wies darauf hin, dass die Bestimmungen der Thüringer SARS-CoV-2-Verordnung in der jeweils gültigen Fassung und die auf dem Hinweisblatt, welches auch aushängt und ausliegt, benannten und zu beachtenden Maßnahmen gelten. Damit waren die Teilnehmenden der Sitzung verpflichtet, während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Gesichtsmaske, außer am Sitzplatz und am Redepult, zu tragen. Von der Verpflichtung war befreit, wer in geeigneter Weise glaubhaft machen konnte, dass die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder zumutbar war. Nach jeder Stunde Sitzungszeit wird eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 39 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

Des Weiteren wurde den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

## 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, teilte als Änderung der Tagesordnung mit, dass durch den Oberbürgermeister der Tagesordnungspunkt 6.2.1 mit der Drucksache 0956/21 – Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt vertagt wurde.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es keine, weshalb Herr Panse einvernehmlich mit der vorgetragenen, geänderten Tagesordnung fortfuhr.

## 3. Genehmigung der Niederschriften

### 3.1. aus der Stadtratssitzung vom 28.04.2021

Die Niederschrift wurde wie folgt  
**genehmigt Ja 39 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

### 3.2. aus der Stadtratssitzung vom 29.04.2021

Die Niederschrift wurde wie folgt  
**genehmigt Ja 37 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

### 3.3. aus der Stadtratssitzung vom 05.05.2021

Die Niederschrift wurde wie folgt  
**genehmigt Ja 40 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

## 4. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag zu einer Aktuellen Stunde vor.

## 5. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

Es lagen keine dringlichen Entscheidungsvorlagen vor.

## 6. Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Einwohnerantrag gem. §16 ThürKO i.V.m. §§ 1 ff. Thür-EBBG "Neubau Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim im städtischen Haushalt sichern"- Entscheidung über die Zulässigkeit (§ 7 Abs. 3 ThürEBBG)  
Einr.: Oberbürgermeister 1001/21

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Hauptausschuss am 13.07.2021 die Drucksache bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Des Weiteren informierte er darüber, dass die Vertrauensperson des Einwohnerantrages Teilnahme- und Rederecht im Stadtrat, zu diesem Tagesordnungspunkt, jedoch nur bezogen auf die Zulässigkeit des Antrages, hat. Laut Vereinbarung im Hauptausschuss wurde die Dauer der Redezeit der Vertrauensperson auf fünf Minuten festgesetzt. Die Vertrauensperson wurde geladen.

Anschließend übergab Herr Panse der Vertrauensperson das Wort.

Die Vertrauensperson des Einwohnerantrages und Ortsteilbürgermeisterin Stotternheims, Frau Wendt, wies darauf hin, dass man den Einwohnerantrag und den als Ortsteilbürgermeisterin gestellten Haushaltsbegleit Antrag im Zusammenhang sehen sollte. Der Einwohnerantrag wurde mit 538 Stimmen der Bürger aus Stotternheim unterstützt. Sie erinnerte daran, dass dieses Anliegen bereits im letzten Nachtragshaushalt aufgenommen, dann wieder gestrichen wurde, da die Beauftragung eines Planungsbüros fehlte. Sie bat daher den Stadtrat, den Neubau einer Schulsporthalle erneut in den Haushalt aufzunehmen. Bereits seit 13 Jahren würde sie für diese Schulsporthalle kämpfen und immer wieder vertreten werden. Ihrer Meinung nach seien fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und fehlendes Personal eine Ausrede, die sie nicht mehrgelten lassen will. Zur Finanzierung gäbe es Fördermittel für Schulen und Sporthallen. Für fehlendes Personal könnte man externe Planungsbüros beauftragen. Abschließend bat sie nochmals um Unterstützung des Stadtrates.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache 1001/21 abstimmen.

**beschlossen Ja 44 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### Beschluss

Der Einwohnerantrag mit dem Wortlaut:

**"Der Stadtrat und die Stadtverwaltung sichern den Neubau einer Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim bis zum Ende des zweiten Quartals 2023. Dazu werden in der Haushaltssatzung 2021/22, dem Haushaltsplan 2021/22 und der mittelfristigen Finanzplanung die notwendigen Mittel für die Planung und den Bau der Halle vorgesehen."**

**ist zulässig.**

## 6.2. Haushalt 2021

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über das grundsätzliche Verfahren zur Durchführung der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes 2021, wie es bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 13.07.2021 abgestimmt wurde.

Zunächst sollten die Tagesordnungspunkte mit den haushaltsrelevanten Drucksachen (Tagesordnungspunkt 6.2.1 bis 6.2.6) aufgerufen werden. Die hierfür relevante Redezeit sollte sich nach der Geschäftsordnung richten. Die Drucksachen sollten dann einzeln zur Abstimmung gebracht werden. Danach sollte der Tagesordnungspunkt 6.2.7, Drucksache 0674/21 –Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021 –aufgerufen werden. Hierzu sollte die Grundsatzreden und den Statements zu den Anträgen der Fraktionen, Oberbürgermeister und Ortsteilbürgermeister zum Haushalt erfolgen. Die Redezeit sollte sich ebenfalls nach der Geschäftsordnung richten. Die Redezeit zu den einzelnen Änderungs- und Begleitanträgen sollte je Fraktion, Oberbürgermeister insgesamt 10 Minuten, Ortsteilbürgermeister 2 Minuten pro eigenen Antrag, betragen.

Anschließend fragte er ob es Widerspruch zu dem vorgetragenen Verfahren gibt. Da dies nicht der Fall war fuhr er mit dem Verfahren fort.

- 6.2.1. Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt** **0956/20**  
Einr.: Oberbürgermeister

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
**vertagt**

- 6.2.1.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0956/20 - Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt** **0843/21**

**vertagt**

- 6.2.2. Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt** **0270/21**  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 0808/21 vorlag, welcher die Ursprungsdrucksache um 5 Beschlusspunkte ergänzte.

Die Anträge der Fraktion CDU in Drucksache 0727/21 und 1113/21 wurden durch den Einreicher zurückgezogen.

Weiterhin informierte er, dass die Drucksache im Jugendhilfeausschuss am 15.04.2021 mit Ja 8 Nein 0 Enthaltungen 6 Befangen 0 unverändert bestätigt wurde. Der Stadtrat hat am

05.05.2021 die Drucksache in den Jugendhilfeausschuss zurückverwiesen. Dieser wiederum hat in seiner Sitzung am 20.05.2021 die Drucksache und die Änderungsanträge wie folgt votiert:

- Antrag der Fraktion SPD, Drucksache 0808/21:  
Einzelabstimmung  
BP 01 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung  
**abgelehnt Ja 3 Nein 3 Enthaltungen 9 Befangen 0**

BP 02  
**abgelehnt Ja 3 Nein 4 Enthaltungen 8 Befangen 0**

BP 03  
**abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltungen 6 Befangen 0**

04 (neu)  
**bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltungen 6 Befangen 0**

05 (neu)  
**bestätigt Ja 5 Nein 1 Enthaltungen 9 Befangen 0**

06 (neu)  
**bestätigt Ja 6 Nein 2 Enthaltungen 6 Befangen**

- Ursprungsdrucksache 0270/21 wurde  
**abgelehnt Ja 4 Nein 5 Enthaltungen 6 Befangen 0**

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat in seiner Sitzung am 07.07.2021 die Drucksache und die Änderungsanträge wie folgt votiert:

- Drucksache 0270/21  
**bestätigt** (Ja 4 Nein 2 Enthaltungen 5 Befangen 0)
- Antrag der Fraktion CDU, Drucksache 0727/21 in Fassung der Drucksache 1113/21  
**abgelehnt** (Ja 2 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0)
- Antrag der Fraktion SPD, Drucksache 0808/21  
**abgelehnt** (Ja 2 Nein 2 Enthaltung 7 Befangen 0)

Anschließend gab Herr Panse den redaktionellen Hinweis, dass die in der Drucksache 0270/21 noch zu beschließende Änderung der Entgeltordnung (Anlage 1) nicht wie ursprünglich eingereicht am 01.07.2021, sondern ab dem 01.09.2021 Gültigkeit erlangen soll.

Herr Mroß, Stadtratsmitglied der Fraktion SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, ging auf die Wichtigkeit von gesunder Ernährung ein und untermauerte dies mit dem Fakt, dass bundesweit 15 % der Kinder im Alter von 5 bis 19 Jahren an Übergewicht oder Adipositas leiden und sich die Anzahl der betroffenen Kinder somit seit 1975 verdoppelt hat. Als Gründe hierfür nannte er:

1. Die veränderte Essgewohnheiten, anderer Rhythmus, 3 Mahlzeiten am Tag sind nicht mehr normal.
2. Das Ernährungswissen wird generationsübergreifenden nicht weitergegeben, was dazu führt, dass 54 % der Jungs und 21 % der Mädchen nicht mehr eigenständig kochen können.
3. Lebensgestaltung und Alltag hat sich gewandelt, da die Arbeitswelt fordernder geworden ist, sodass sich der Anteil der Teilnehmer an der Mittagsverpflegung in den Kitas bundesweit verdoppelt hat.

Durch diese Gründe könne man stolz auf die Erfurter Einrichtungen sein, welche frisch und selbstkochend seien und daher eine hohe Qualität bei der Ernährung zulassen. Um die Finanzierung dieses gesunden Essens weiter gewährleisten zu können benötigt es eine Aktualisierung der Entgelte der Verpflegung in Kitas in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt. Grundlage dieser Anpassung sei die Bewertungsmatrix, welche durch § 29 ThürKigaG entstanden und mittels Drucksache 2012/18 durch den Jugendhilfeausschuss Anwendung in den Kita-Einrichtungen in Erfurter Trägerschaft findet. Um die gestiegenen Personal- und Sachkosten tragen zu können sei eine Anpassung erforderlich. Auf Grund der Kritik über die geplante Erhöhung unter Einbeziehung der Pfllegetage von 2020, welche wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie von der Norm abwich, entstand der Änderungsantrag der Fraktion SPD. Hierdurch soll eine moderate Erhöhung und mehr Transparenz bei der Kostenerstellung erreicht werden. Durch den Änderungsantrag soll die Landeshauptstadt verpflichtet werden eine jährliche Evaluierung vorzunehmen und nach Möglichkeiten und Maßnahmen zu suchen, die steigenden Kosten zu senken. Der Stadtelternbeirat soll noch aktiver einbezogen werden. Abschließend war er um Zustimmung aller Beschlusspunkte, welche laut seiner Aussage vom Elternbeirat mitgetragen werden und um Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung mit der Anpassung der Gültigkeit ab dem 01.09.2021.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0270/21 in Fassung des Antrages der Fraktion SPD in Drucksache 0808/21 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung mit der Anpassung der Gültigkeit ab dem 01.09.2021 abstimmen ließ.

**mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 7 Enthaltung 14 Befangen 0**

## **Beschluss**

**01**

**Die Anlage 1 „Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt -Essengeld KitaEF-“ wird beschlossen.**

**02**

**Die den „Privatrechtlichen Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt -Essengeld KitaEF-“ zugrunde liegende Kalkulation (Anlage 2) wird dahingehend geändert, sodass im Jahr 2021 291.360 statt 270.000 Verpflegungstage als kalkulatorische Grundlage zugrunde angenommen werden.**

**03**

**Der Stadtrat bestätigt den Beschluss zur Drucksache 2012/18 „Handhabung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes bei der Zuordnung von Verpflegungs- und Betriebskosten“ als maßgebend für die Berechnung der Verpflegungsentgelte.**

04

Die „Privatrechtlichen Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt -Essengeld KitaEF-“ sind zukünftig jährlich zu evaluieren und spätestens alle zwei Jahre anzupassen.

05

In jeder Evaluierung sind auch Möglichkeiten und Maßnahmen (z.B. zentralisierte Beschaffung) zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu betrachten und dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

06

Der Stadelternbeirat (STEB) ist in den Prozess einzubeziehen.

*(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1a und 1b beigelegt.)*

6.2.2.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt 0727/21

zurückgezogen

6.2.2.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0727/21 - Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt 1113/21

zurückgezogen

6.2.2.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt 0808/21

bestätigt mit Änderungen Ja 24 Nein 7 Enthaltung 14 Befangen 0

6.2.3. Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO i.V.m. §§ 1 ff. Thür-EBBG "Neubau Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim im städtischen Haushalt sichern" Einr.: Oberbürgermeister 1002/21

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Vertrauensperson des Einwohnerantrages Teilnahme und Rederecht im Stadtrat hat. Laut Vereinbarung im Hauptausschuss wurde die Dauer der Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt. Die Vertrauensperson wurde geladen.

Des Weiteren informierte er, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 07.07.2021 bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, erklärte, dass seit 1977, als die Schule gegründet wurde, die Sporthalle fehlt und man die Anwohner Stotternheims all die Jahre immer wieder vertröstet und Geld für den Bau versprochen hat. Die Sporthalle in Stotternheim sei eine der am häufigsten genutzten Sporthallen Erfurts. Seine Fraktion habe den letzten Haushalt mit der Bedingung beschlossen, dass der Neubau der Sporthalle geplant werde. Damals hatte man 100 TEUR dafür eingestellt, welche durch fehlendes Personal nicht eingesetzt werden konnte. Man müsse Versprechen halten, so mahnte er, da Politik von der Glaubwürdigkeit lebt. Um die Glaubwürdigkeit des Stadtrates zu erhalten bat er um zuzustimmen und darum, dass im nächsten Jahr auch gehandelt wird.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, begründete die Enthaltung ihrer Fraktion im Finanzausschuss damit, dass man das Einstellen der Planungsmittel im Haushalt überprüfen möchte. Dies sei auch der Grund für eine erneute Enthaltung.

Sie betonte, dass wenn der Antrag keine Mehrheit finden sollte, so möchte ihre Fraktion, auch in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen, sich dem Thema im Ausschuss für Bildung und Kultur annehmen. Aus Sicht ihrer Fraktion sei der Neubau fachlich und inhaltlich geboten.

Zu dem Vorschlag Fördermittel zu nutzen, erklärte sie, dass diese an Anträge und Genehmigungen gebunden seien und meist zur Verwirklichung der Ideen einiger Politiker zweckentfremdet werden. Die Verwendung externen Personals kontierte sie damit, dass auch deren Arbeit durch internes Fachpersonal überprüft werden müsste. Gerne hätte ihre Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht um dem Einwohnerantrag zu helfen, was aber formell nicht möglich ist.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDIS 90 / DIE GRÜNEN, verkündete, dass seine Fraktion sich ebenfalls enthalten wird, da man einen Lösungsansatz in der Fortschreitung des Schulnetzplanes sieht.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass ihre Fraktion den Antrag zustimmen wird. Bereits in der Vergangenheit hat ihre Fraktion oft über die Sanierung der Sporthalle oder den Anbau eines Sportplatzes diskutiert. Da die 100 TEUR aus dem letzten Haushalt nicht abgerufen wurden, fragte sie Herrn Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, ob man damit im Vermögenshaushalt Haushaltsreste gebildet hat. Sollte dies der Fall sein, so stellte sich die Frage ob man mit diesen den vorliegenden Antrag finanziell untersetzen könnte. Bei einer Zustimmung des Antrages müsste ihrer Meinung nach der Oberbürgermeister die Sitzung unterbrechen um das Geld hierfür zu suchen. Zu Herrn Hoses Aussagen stellte sie die Frage, wieso seine Fraktion für den Antrag wirbt, wenn sie doch den gesamten Haushalt nicht beschließen möchte, wie den aktuellen Pressstatements zu entnehmen war.

Herr Hose antwortete, dass es bereits einen Haushaltsänderungs- und Begleit Antrag der Ortsteilbürgermeisterin von Stotternheim gibt, welcher 150 TEUR zur Verfügung stellt, indem diese von der Position der geplanten Generalsanierung der Turnhalle des Sportbetriebs entnommen werden. Dies geschah in Zusammenarbeit mit seiner Fraktion. Herr Linnert war im Ortsteilrat und hat dort erklärt, dass es nicht durchsetzbar wäre. Auch Herr Bärwolff, Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport, habe bereits erklärt, dass die Sporthalle nicht priorisiert wird. Zum Haushalt stellte er klar, dass seine Fraktion in der Vergangenheit

heit zugestimmt hat, die Maßnahmen für die sie sich eingesetzt haben allerdings nicht durchgeführt wurden. Seiner Meinung nach sei der neue Haushalt unseriös ausfinanziert, es stünden Investitionen drin, welche nicht durchsetzbar sind. Auch kritisierte er die falsche Prioritätensetzung, bei welcher Schulen und Kitas schlecht abschneiden. Daher wird seine Fraktion den Haushalt ablehnen.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, gab einen geschichtlicher Abriss zur Sporthalle in Stotternheim und den damit verbundenen Versäumnissen im Hinblick auf die Planung. Den Inhalt des Antrages empfand er als schlecht, da die Sporthalle zum Erfurter Sportbetrieb gehört und folglich die Landeshauptstadt Erfurt in der Pflicht sei eine Sporthalle in der Nähe der Schule zu bauen. Es muss nun die Finanzierung und die Planung auf den Tisch, um den Bau zu ermöglichen.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, ging auf die aufgezählten „Ausreden“ ein, mit welchen man die Stotternheimer Bürger bisher vertröstet habe. Das fehlende Personal sei eine von der Verwaltung selbst geschaffene Ausrede, da sie seit 2010 ein unbesetzter Stellenplan vorzuweisen hat. Die Entscheidung der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, abzuwarten, ob die Sporthalle in den Schulnetzplan aufgenommen wird, konterte er damit, dass diese dort bereits aufgelistet sei. Das Fördermittel von Politikern für die Verwirklichung ihrer Ideen zweckentfremdet werden, wie die Fraktion SPD es darstellt, sei durch die SPD selbst in den letzten 15 Jahren, beispielsweise durch die Buga und der Multifunktionsarena, dank ihrer falschen Prioritätensetzung, geschehen. Allein in der vorherigen Stadtrats-sitzung habe man mit Anträgen wie "Soziale Bodenordnung" und "Radentscheid" gezeigt, dass man Geld für andere Dinge als für Schulen und Kitas zur Verfügung stellt. Dass man die Sporthalle bereits in der Vergangenheit hätte bauen können, wie Herr Stampf es kritisierte, könne man heutzutage nicht mehr gelten lassen. In Richtung der Fraktion CDU kritisierte er, dass diese Anträge wie beim Abwasserbeseitigungskonzept stellen, welche als Wahlgeschenke dienen sollen, aber nicht den Schulen und Kitas hilft. Die Forderung des Oberbürgermeisters, die der Presse zu entnehmen war, dass die Fraktionen den Haushalt zustimmen sollen, damit die Stadt die freiwilligen Leistungen erbringen kann, würde auch von der eigentlichen Problematik, der Pflichtleistung, ablenken, welche eigentlich priorisiert werden sollten. Seine Fraktion wird dem Antrag zustimmen, da man sich sicher sei, wenn man die Sporthalle wirklich wollen würde, würde sich auch das Geld hierfür finden.

Die Vertrauensperson und Ortsteilbürgermeisterin Stotternheims, Frau Wendt, wies darauf hin, dass man erst, nachdem man die Bundeskanzlerin anschrieb, einen Sportplatz auf dem Schulhof bekommen hat, was den Anschein erweckte, damit ruhig gestellt zu werden. Seit 03.05.2011 gibt es einen Architektenplan, vom bauverwaltenden Amt erstellt, womit bereits eine Bauvoranfrage gestellt wurde, welche bestätigt werden konnte. Sie erinnerte den Oberbürgermeister an die Dienstberatung vom 09.12.2019, in welcher er ihr seine Unterstützung für den Bau der Sporthalle zugesagt habe. Sie erklärte, dass man die 150 TEUR von der Sanierung der alten Turnhalle abgezockt hat, um nicht die neue Ausrede vorzulegen, dass der Ortsteil doch eine schöne Turnhalle hat. Sie appellierte daran, den Änderungs- und Begleit Antrag zuzustimmen und diesmal wirklich etwas zu tun und nicht wieder im Sand verlaufen zu lassen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 1002/21 abstimmen ließ. Anschließend ordnete er eine 10-minütige Lüftungspause an.

**beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 16 Befangen 0**

## Beschluss

Der Einwohnerantrag mit dem Wortlaut:

"Der Stadtrat und die Stadtverwaltung sichern den Neubau einer Zwei-Feld-Schulsporthalle in Stotternheim bis zum Ende des zweiten Quartals 2023. Dazu werden in der Haushaltssatzung 2021/22, dem Haushaltsplan 2021/22 und der mittelfristigen Finanzplanung die notwendigen Mittel für die Planung und den Bau der Halle vorgesehen." (Anlage 1)

wird beschlossen.

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)*

### 6.2.4. Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuern der Stadt Erfurt (Hebesatz-Satzung) Einr.: Fraktion AfD 1031/21

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 07.07.2021 abgelehnt (Ja 1 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, begründete den Antrag seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass Herr Panse über die Drucksache 1031/21 abstimmen ließ.

**abgelehnt Ja 7 Nein 35 Enthaltung 3 Befangen 0**

### 6.2.5. Änderung der Satzung zur Beteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schüler an den Beförderungskosten auf Schulwegen vom 24. Oktober 1995 Einr.: Fraktion AfD 1033/21

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben in seiner Sitzung vom 07.07.2021 die Drucksache abgelehnt (Ja 1 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Herr Aust, Fraktion AfD, verwies auf die vorher genannte Kritik der Prioritätensetzung der Ziele des Erfurter Stadtrates und bemerkte, dass dieser Antrag zu den richtigen Prioritäten gehört, in diesem Fall der Schulen. Die Beteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schüler an den Beförderungskosten läge im Ermessen des Schulträgers, der Landeshauptstadt Erfurt. Andere Städte, wie z. B. die kreisfreie Stadt Jena und auch Landkreise haben diese bereits von den Kosten befreit. Das dies in Erfurt noch nicht der Fall sei, läge an der Priorisierung auf Prestigeprojekte, statt auf Schulen. Er erinnerte daran, dass die Fraktion FDP im Thüringer Landtag im vergangenen Jahr einen ähnlichen Antrag gestellt habe. Auch die Fraktion DIE LINKE. habe im Rahmen der Haushaltsverhandlungen mit ihren

Satzungsanträgen den Inhalt des Antrags seiner Fraktion kopiert. Aus diesen Gründen sah er kein Problem darin diesen Antrag parteiübergreifend zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 1033/21 abstimmen ließ.

**abgelehnt Ja 7 Nein 30 Enthaltung 9 Befangen 0**

**6.2.6. Änderung des Stellenplans der Landeshauptstadt Erfurt 1034/21  
und Einstellung einer Mindestrücklage gem. § 20 Abs. 2  
ThürGemHV  
Einr.: Fraktion AfD**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 07.07.2021 im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben abgelehnt (Ja 1 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0) wurde.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, verglich den Stellenplan der Stadtverwaltung Erfurt mit einem Märchenbuch. Seit Jahren seien hunderte Stellen unbesetzt, dennoch würden immer mehr Stellen im Haushalt eingestellt werden. Dies habe seiner Meinung nach den Zweck, um das Geld für andere Dinge, meist Prestigeprojekte, zu parken. Gleichzeitig könne die Verwaltung durch die fehlenden besetzten Stellen die Ausrede des Personalmangels nutzen um Aufgaben nicht wahrzunehmen. Es gäbe seiner Meinung nach nur zwei Möglichkeiten. Entweder, was begrüßenswert wäre, müsste man die Stellen schnellstmöglich besetzen und für ausreichendes Personal sorgen oder sie auf ein vernünftiges Maß reduzieren und das dadurch vorhandene Geld für Kitas und Schulen zur Verfügung stellen. Auch wenn die Stellungnahme der Verwaltung den Antrag für unzulässig deklariert, so ändert sein Inhalt nichts an der Realität. Dabei verglich er deren Leugnung mit der Leugnung der Biologie durch die Genderreligion.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass es auch in der Biologie „quere Tiere“ gäbe.

Herr Mühlmann erwiderte, dass diese einzige Entgegnung das eigentliche Thema verfehlt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse die Drucksache 1034/21 zur Abstimmung gab.

**abgelehnt Ja 7 Nein 37 Enthaltung 2 Befangen 0**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, gab bekannt, dass zu dem Tagesordnungspunkt 6.2.7 allen Fraktionen, Beigeordneten und Ortsteilbürgermeistern ein Abstimmungspapier<sup>1</sup> inklusive den Vorberatungsergebnissen vorlag. Daher wurde auf das Verlesen der Vorberatungsergebnisse verzichtet.

Die beteiligten Ortsteilräte hatten die Drucksache 0674/21 vorberaten. Die Voten der Ortsteilräte lagen allen vor. Der überwiegende Teil der Ortsteilräte hatte die Drucksache zur Kenntnis genommen bzw. bestätigt. Die Ortsteilräte Töttelstädt, Mittelhausen, Hochheim und Molsdorf hatten die Drucksache abgelehnt.

Die Ortsteilräte Egstedt, Kerspleben, Johannesplatz, Hochstedt, Vieselbach und Moskauer Platz hatten die Vorlage mit Änderungen bestätigt. Die Anträge der Ortsteilbürgermeister waren im Abstimmungspapier aufgeführt.

Weiterhin lag allen Fraktionen, Beigeordneten und Ortsteilbürgermeistern die Drucksache 1152/21 - Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitanträgen zur DS 0674/21 und die Stellungnahmen zur Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 07.07.2021 in Drucksache 1179/21 vor.

Des Weiteren informierte Herr Panse darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache 0674/21 am 07.07.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0) hat. Die Voten des Ausschusses zu den einzelnen Änderungsanträgen waren im Abstimmungspapier aufgeführt; dort nicht enthaltene Anträge wurde durch den/die Einreicher zurückgezogen.

Der Hauptausschuss hatte in seiner Sitzung vom 13.07.2021 gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO beschlossen, die bis dahin vorliegenden Änderungs- und Begleitanträge trotz fehlender Vorberatung zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Abschließend teilte Herr Panse mit, dass die Fraktion CDU angekündigt hatte, nach den Grundsatzreden eine 30-minütige Unterbrechung zu beantragen.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, merkte an, dass als Tischvorlage ein Haushaltsbegleitantrag ihrer Fraktion vorliegt, welcher rechtzeitig eingereicht wurde, jedoch nicht im Abstimmungspapier enthalten war.

Herr Panse bestätigte die fristgerechte Einreichung, zumal der Antrag durch die Entscheidung des Hauptausschusses normal beraten und abgestimmt werden soll. Widerspruch erhob sich nicht.

Anschließend kündigte er den Beginn der Grundsatzreden an und übergab die Sitzungsleitung an die zweite stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE..

---

<sup>1</sup> Anlage A der Niederschrift.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, äußerte die Enttäuschung seiner Fraktion über den vorliegenden Haushalt, weswegen sie ihn ablehnen werden. Die Beschlüsse des Stadtrates vom 15.07.2020 für das Aufstellen dieses Haushalts würden fast vollständig ignoriert werden. Er kritisierte, dass sowohl haushaltsrechtliche Grundsätze, als auch einschlägige Vorschriften der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung und der Thüringer Kommunalordnung entweder nicht eingehalten oder willkürlich ausgelegt wurden. Die Verantwortung hierfür trägt der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung und nicht das Landesverwaltungsamt oder der Stadtrat. Mindestens 30 Mio. EUR realistisches Einsparvolumen habe man trotzdem in den Vorbereitungen aufgezeigt, welche man in 4 Punkten wie folgt vorgestellt hat:

1. Der Verwaltungshaushalt bläht sich immer weiter auf. Der Anteil von Sozialausgaben stieg überproportional und betrage mittlerweile 46 %. Im Vergleich mit ähnlich großen Städten hat Erfurt in vielen Bereichen zwar niedrigere Fallzahlen aber höhere absolute intransparente Kosten. Einsicht, Fehleranalyse oder Korrekturen seitens der Verwaltung gab es nicht. Fast 30 Mio. EUR wurden im Jahr 2021 allein für sonstige, weitere, übrige Zuwendungen, Zuschüsse und Kosten ausgegeben.
2. Im Bereich des Vermögenshaushalts wurde nur mangelhaft das bereitgestellte Geld genutzt. Von ca. 260 Mio. EUR wurden nur ca. 53 % ausgegeben. Es nützt nichts nur Geld zur Verfügung zu stellen, es muss auch investiert werden. Seit 3 Jahren würde es die Verwaltung nicht schaffen die notwendigen Unterlagen für die Vorplanung von 5 Schulbauten im Ministerium vorzulegen um eine Fördermittelzusage zu erhalten. Für die wenigen derzeit laufenden Bauvorhaben in Schulen, Kitas und Sporthallen würden entgegen der rechtlichen Vorschriften nicht die notwendigen Gelder als Verpflichtungsermächtigungen in den kommenden Jahren im Haushalt ausgewiesen. Aus der Sicht seiner Fraktion sei dies ein klarer Rechtsverstoß.
3. Die Personalsituation sei ein überwiegend hausgemachtes Problem. Seit dem Jahr 2006 gab es Jahr für Jahr neue Stellen, mit teilweise unklarem Aufgabenprofil, trotz fehlenden Geldes für die Finanzierung. Derzeit wären 24 % der aktuellen Stellen der Landeshauptstadt Erfurt unbesetzt. Dies sei ein unzumutbarer Zustand für die Mitarbeiter der Verwaltung. Gleichzeitig wurden im vorherigen Jahr 10 Mio. EUR des Personalbudgets nicht genutzt, womit ca. 150 Planstellen hätten besetzt werden können. Dieses Jahr sollen weitere 242 neue Stellen in den Stellenplan aufgenommen werden, erneut ohne klare Aufgabenziele oder Finanzierung. Eine solche Personal- und Haushaltspolitik stuft seine Fraktion als unseriös ein.
4. Erfurt wird seit Jahren mit dem Ziel höherer Förderquoten mittels aufgeblähter Haushalte armgerechnet. Dabei habe man derzeit weniger als 50 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Kommunen und über 60 Mio. EUR genehmigter Kreditermächtigungen, welche ungenutzt zur Verfügung stehen. Die Landeshauptstadt hätte eine freie Finanzspitze, die für fast 200 Mio. EUR zusätzlicher Kredite ausreichen würde. Man habe de facto also kein Geld-, sondern ein Umsetzungs-, ein Managementproblem.

Abschließend forderte er den Oberbürgermeister dazu auf, sich um ein echtes Personalentwicklungskonzept und eine ernsthaften Digitalisierung für effiziente Verwaltungsprozesse zu sorgen. Er soll sich um die Lösung der Probleme der Bürger der Stadt kümmern und nicht länger die angebotene Unterstützung, Hilfestellung und Beratung ignorieren. Der Oberbürgermeister soll aufhören mit endloser vorläufiger Haushaltsführung in einer Art haushaltspolitischer Monarchie die Mitarbeit und Kontrolle des Stadtrates fast unmöglich zu machen.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, erklärte, dass man in den vergangenen Jahren einen Doppelhaushalt 2019/2020 hatte, mit dem Ziel einer Planungssicherheit und Kontinuität,

eine Grundlagen einer stabilen Finanz- und Haushaltspolitik zu erlangen um Leistungen und Aufgaben erfüllen zu können. Durch die Covid19-Pandemie wurde eine Planungssicherheit unmöglich, zumal sich die Haushaltslage schwierig gestaltet hat. Durch Ausgleichszahlungen des Freistaates konnten Ausfälle etwas kompensiert werden, wofür sie ihren Dank aussprach. Schließungen, Einnahmeausfälle und Risiken in Bezug auf Steuereinnahmen prägte die Pandemie. Es gab zwar Ausgabenenkungen, welche kompensiert wurden durch Ausgabensteigerung, welche durch die Pandemie notwendig waren. Personal fehlte oder wurde verschoben um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Dies waren die Rahmenbedingungen zur Aufstellung dieses Haushaltes. Sie mahnte, dass das heutige Abstimmverhalten darüber entscheidet, ob es zu Stillstand, Verschiebung oder Absterben von Projekten kommt und Vereine, sowie Ortsteile unlösbare Finanzprobleme bekommen. Die Alternative sei es Verantwortung zu tragen, für die Projekte, die noch möglich sind, Planungen zu machen, damit es im nächsten Jahr nicht zu noch mehr Aufschieben z. B. im Bereich der Schulbauten kommt. Der Haushalt 2021 sei durch die Verwaltung ausgeglichen. Die Spielräume seien zwar klein, aber enthalten wichtige Punkte, wie die Investitionen im Bereich der Schulinfrastruktur, für welche 32,1 Mio. EUR an Ausgaben eingeplant sind. Für Kita-Investitionsmaßnahmen werden 2,6 Mio. EUR durch die Stadt umgesetzt. Die Sanierung des Freibades in Möbisburg und des Dreienbrunnenbades seien mit 7,5 Mio. EUR planseitig untersetzt. Sie gab bekannt, dass ihre Fraktion dem Haushalt zustimmen wird, auch wenn sie kleinere Korrekturen vornehmen möchte, diese betreffen u. a.:

- Investitionen in Grund- und Regelschule in der Bukarester Straße, wo man eine Planung benötigt um Fördermittel erlangen zu können,
- die Unterhaltung von Spielplätzen und Freizeitflächen,
- Zuschüsse zur Sportförderung,
- den Bedarf eines neuen Schulausweichstandortes, bei welchem sie den Oberbürgermeister damit beauftragt eine Verlagerung des Garten- und Friedhofamtes an einen anderen Standort zu prüfen, da die derzeit genutzte Einrichtung einst eine Schule war,
- den soziale Bodenfond, welcher durch eine Anschubfinanzierung in Höhe von 1 Mio. EUR bedacht werden soll,
- die Bürgerbeteiligung, welche finanziell untersetzt werden soll um umfangreich an der Umgestaltung des Wenigemarktes und der Gutenbergstraße mitwirken zu können.

Der Haushalt sei die Königsdisziplin des Stadtrates und nicht alle Wünsche seien umsetz- oder finanzierbar, weswegen sich ihre Fraktion stark eingeschränkt hat. Jahre lang habe sich der Stadtrat an den Personalkosten, zu Lasten der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter der Verwaltung, bedient um eigene Wünsche zu realisieren. Dies müsse man beenden, da man sonst auch zukünftig mit der Situation konfrontiert wird, dass zu wenig Personal zur Verfügung stünde um dringende Aufgaben zu erfüllen. Der Haushalt wird erst im Herbst seine Gültigkeit erlangen, weswegen eine Vertagung aus dieser Sitzung nicht möglich sei.

Herr Panse, Fraktion CDU, erinnerte daran, dass seine Fraktion den Doppelhaushalt 2019 / 2020 sowie den Nachtragshaushalt und den Beitrittsbeschluss mitgetragen hat. Damals wollte man:

1. die Sicherung der dringend notwendigen Schulsanierungen durch einen Eigenbetrieb mit KoWo-Konzept als fraktionsübergreifendes Bekenntnis; des Weiteren wollte man eine deutliche Steigerung von den Investitionskosten im Haushalts-

entwurf 2021; es wurde eine Investitionsoffensive in Höhe von 184 Mio. EUR im Jahr 2019 und 204 Mio. EUR im Jahr 2020 angekündigt,

2. die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsentwurfs und die Einbeziehung aller Fraktionen,
3. die Informationen über Eckpunkte des Haushaltsentwurfs noch vor der Einbringung des Haushaltes,
4. nach der Streichung von 70 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigung durch das Landesverwaltungsamt, dass die Einordnung der notwendigen Schulsanierungen in künftige Haushalteerfolge soll.

Unter diesen Voraussetzungen und Vertrauensvorschuss an den Oberbürgermeister und den Finanzbeigeordneten hatte man den Doppelhaushalt 2019 / 2020 zugestimmt. Nun musste man das Fazit ziehen, dass beide Personen versagt haben. Er begründete dies wie folgt:

1. Bis heute gibt es keinen Eigenbetrieb oder ein zukunftsweisendes Konzept der Schulsanierung. Von der Investitionsoffensive sind von den 184 Mio. EUR von dem Jahr 2019 nur 110 Mio. EUR und im Jahr 2020 von den 204 Mio. EUR nur 140 Mio. EUR realisiert worden. 138 Mio. EUR wurden zwar angekündigt, aber nicht realisiert, weswegen Probleme in die Zukunft verschoben wurden.
2. Der Haushaltsentwurf 2021 wurde weder rechtzeitig vorgelegt, noch wurden die Fraktionen bei der Schwerpunktsetzung eingebunden.
3. Über die Eckpunkte wurde man auf mehrfachem Drängen des Finanzausschusses erst im März 2021 informiert.

Die Verwaltung habe demnach die ersten 7 Monate den Haushalt nach eigenen Vorstellungen verwaltet und die Fraktionen hierbei ausgeschlossen. Die verspätete Einbringung des Haushaltes wurde maßgeblich durch die Corona-Pandemie vom Oberbürgermeister und seinen Finanzbeigeordneten begründet. Auch die fehlerhafte finanzielle Ausstattung der Stadt Erfurt durch das Land habe der Oberbürgermeister als Begründung aufgeführt. Es sei zwar zutreffend, dass laut Gutachten die Stadt zu wenig Geld vom Land bekäme, allerdings müssen andere Städte in Thüringen mit derselben Situation klarkommen und schaffen es den Haushalt fristgemäß vorzulegen und beschließen zu lassen. Das Problem wurde zwar vom Oberbürgermeister benannt, sie könnten allerdings nicht durch den Stadtrat gelöst werden. Verantwortlich für die ungenügende finanzielle Ausstattung seien die Landesregierung und der Thüringer Landtag. Führende Positionen des Finanz- und Innenministeriums seien von der SPD besetzt, das Stadtratsmitglied Herr Adams als Minister der Landesregierung und fünf weitere Stadtratsmitglieder, Frau Maurer, Frau Stange, Herr Blechschmidt, Frau Rothe-Beinlich und Frau Wahl als Landtagsabgeordnete seien Adressat dieser Kritik, da sie im Landtag nach keiner Lösung suchen würden. Da in den nächsten Monaten kein neuer Landeshaushalt beschlossen wird, sei die Hoffnung des Oberbürgermeisters auf eine bessere finanzielle Ausstattung unbegründet. Die Stadt Erfurt müsse demnach mit ihrem Problem selbst zurechtkommen. Der bestehende Haushaltsentwurf würde hierfür durch Ausgabensteigerung, neue freiwillige Leistungen und fehlende Investitionen eine schlechte Grundlage bilden. Auch die Tatsache, dass der Verwaltungshaushalt sich um 27 Mio. EUR erhöht, 32 Mio. EUR an neuen Krediten die Schulden steigen lassen, auf 24 Seiten allein Deckungsringe im Haushaltplan aufgeführt würden und die zahlreichen investive Bauprojekte, welche rein informell bestehen, würden gegen den Haushalt sprechen. Es würde signalisieren, dass nach dem gleichen Schema gearbeitet werden würde wie in der Vergangenheit, dass die Verwaltung entscheidet was der Stadtrat beschließt bzw. ob es umgesetzt wird oder nicht. Damit sei seine Fraktion nicht einverstanden und sieht den vorliegenden Haushalt als inakzeptabel, weshalb man ihn ablehnen wird. Die Änderungs-

anträge der anderen Fraktionen würden diese Prognose weiterhin verschlechtern. Aus den soeben genannten Gründen habe seine Fraktion nur Haushaltsbegleitanträge gestellt, zumal man ein Haushaltssicherungskonzept fordert, welches dringend gebraucht wird. Hierdurch könnte der Stadtrat sich mit der Sanierung des Haushaltes auseinandersetzen und fraktionsübergreifend durch Schwerpunktsetzung Einsparungen beschließen. Man wünschte sich ein Personalentwicklungskonzept, welches noch nicht vorgestellt wurde. Ein weiterer Haushaltsbegleitantrag drängt darauf die Evaluation der Sozialauf- und ausgaben stattfinden soll. Diese Haushaltsbegleitanträge seien für seine Fraktion die Basis für künftige Haushalte, um dort wieder gestalten zu können. Zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen gab er die Stellungnahme der Verwaltung wider, welche diese mit folgenden Begründungen ablehnt:

- das erwünschte Geld ist durch Haushaltsvollzug bereits gebunden oder ausgegeben bzw. wenn Haushaltspositionen erhöht wurden, wird das Geld dringend gebraucht,
- das tatsächlich verfügbare Geld wurde durch den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters bereits verplant,
- die Änderungsanträge seien fachlich falsch oder greifen auf Positionen zu, in welchen auf Fördermittel enthalten wären.

Er sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen verschiedene Änderungsanträge aus, signalisierte aber die Bereitschaft für Gespräche und Mitwirkung zukünftiger Haushalte. Hierfür sei allerdings ein Umdenken des Oberbürgermeisters und des Finanzbeigeordneten notwendig. Seine Fraktion fordert Dialogbereitschaft und klare Schwerpunktsetzung. Der Haushalt muss in Ordnung gebracht werden, was dieser Haushaltsentwurf nicht zulässt, weswegen man ihn ablehnen wird.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass seine Fraktion dem Haushalt 2021 zustimmen wird, um der Verwaltung und den Vereinen eine Planungssicherheit geben zu können. Erschloss sich der Meinung seines Vorredners, dass der Haushaltsentwurf zu spät kam, an und verglich Erfurt mit anderen Städten mit dem Vermerk, man sollte nicht die letzte Stadt sein, die den Haushalt 2021 beschließt. In Hinblick auf die Inhalte des Haushaltes und ob dieser zukunftsfähig sei, ging er auf einzelne Punkte wie folgt ein:

- das Personalentwicklungskonzept muss erarbeitet werden,
- die Schwerpunkte aus den Aussagen in den Wahlkämpfen, wie Verkehrsinfrastruktur, Radstruktur, Schulbau, spiegeln sich in der Vorlage der Verwaltung nicht wider,
- Schulbau mit Priorität im Erfurter Norden, daher der Vorschlag für den Schulkampus in der Greifswalder Straße, da dort viele Wohnräume entstehen, eine Bildungsstruktur allerdings fehlt,
- Vorschlag zur Trennung vom Bastionskronenpfad, um das Geld anderweitig zu verwenden.

Abschließend ging er auf die Problematik der Mehrheitsfindung für den Haushalt 2021 ein, da diese mit 8 Fraktionen sich als schwierig herausstellt. Wenn der Oberbürgermeister mit einem Haushalt handlungsfähig bleiben möchte, muss dieser sich selbst auch darum bemühen, eine Mehrheit zu finden.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, bat allen Zuschauern, Schulleitern, Eltern und Schülervereine, welche am Schulnetzplan mitgearbeitet hatten, um Entschuldigung, da dieser auch mit Zustandekommen des Haushaltes 2021 erneut unwirksam wird. Er kritisierte, dass die Landeshauptstadt Erfurt die Pflichtaufgabe "Schule" nicht gelöst bekommt.

Dies läge daran, dass die Stadtverwaltung es nicht schafft lukrative Stellen zu schaffen, am Stadtrat, welcher mit seinen finanziellen Einschränkungen des Eigenbetriebs Schulen diesen verhindert und dem Land Thüringen, welches bei 850 Schulen im Freistaat nur 17 Schulbauten fördert. Durch diesen Kontext sei der gemeinsame Antrag mit der Fraktion SPD entstanden, bei welchem Planungsmittel für Schulbaumaßnahmen in den Haushalt einstellt werden sollen. Große Teile des Investitionshaushaltes sind an Fördermittel gebunden, sodass die Stadtverwaltung durch die zahlreichen Deckungsringe lediglich die Möglichkeit hat das Geld dorthin zu verschieben, wo sie es benötigt. Der Stadtrat kann hierbei nur die Richtung vorgeben, welche der Oberbürgermeister ernst nehmen soll. Ein weiteres Problem sei der Verwaltungshaushalt, da neben unzureichend gegenfinanzierten übermittelten Aufgaben wie SGB IV und Kitas auch hausgemachte Probleme eine Rolle spielen. Daher begrüßte seine Fraktion den Antrag der Fraktion CDU, die Sozialausgaben der Stadt Erfurt zu evaluieren. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen der Bereitschaft zu freiwilligen Aufgaben und der Fähigkeit der Stadt Erfurt ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei allen Beteiligten, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfes, der Stellungnahmen und Anträge mitgewirkt haben. Da der Entwurf erst spät vorlag, sei eine Debatte zwischen den Fraktionen schwierig gewesen. Der extreme Zeitverzug sei einerseits durch die Pandemie verschuldet, andererseits aber auch durch den Finanzdezernenten und den Oberbürgermeister, die es jedoch mit einer fehlenden Planungssicherheit begründet haben. Da eine finanzielle Sicherheit einer Kommune nie vorhanden sein kann und das Land Thüringen finanzielle Hilfe geleistet hat, konnte sie diese Begründung nicht gelten lassen. Sie hätte sich gewünscht ehrlichere Worte über die Belastung der Verwaltung zu hören. Das der Stadtrat frustriert sei, wäre nicht verwunderlich, da dieser kaum Handlungsräume im Haushalt hat. Dass das Aufstellen des Haushalts einer Landeshauptstadt schwieriger sei als das einer kleinen Kommune stritt sie nicht ab, jedoch hatte man im Vorfeld lediglich um einen Entwurf als Arbeitsgrundlage gefordert. Für alle wichtigen Belange hätte man mehr Zeit benötigt. Die geringe Zeit führte dazu, dass Fraktionen versucht haben zu retten was zu retten ist, was zu gegenseitigen Misstrauen führte und letztendlich dazu, dass sich mehrere Fraktionen weigerten den Haushalt zu beschließen. In Richtung dieser Stadtratsmitglieder erinnerte sie daran, dass sie gewählte Mitglieder seien und sich bereitklärten Verantwortung zu tragen, auch wenn es schwer wird. Zu der Fraktion CDU äußerte sie sich kritisch, dass sie soziale Ausgaben in Konkurrenz zu der Schulsituation stellte, da Kinder nach der Schule weiterhin Unterstützung, eben auch im sozialen Bereich, benötigen. Die Anfrage, ob man einen gemeinsamen Antrag zur Rettung des Zughafens stellen könnte, sei ohne konstruktiven Beitrag hinfällig gewesen, zumal ihre Fraktion bereits mit einem Antrag 350.000 EUR hierfür zur Verfügung stellen möchte. Die Fraktion DIE LINKE. möchte Kultur unterstützen und sieht als wichtigsten Schritt die Unterstützung bei der Gebäudesanierung von Kulturstätten. Des Weiteren möchte ihre Fraktion die Ortsteile unterstützen, die Erhöhung des Essengeldes in den Kitas und die endgeldfreie Schülerbeförderung, auch für Schüler/-innen ab der 11. Klasse, sowie eine Sicherung der Schul- und Schulsporthallensanierung durch die Änderungsanträge ermöglichen. Als letzte Herzensangelegenheit nannte sie die Bereitstellung einer Gebäudedolmetscherin für die Stadtratssitzungen.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bedankte sich ebenfalls bei allen Beteiligten für die Erstellung des Haushaltes, auch wenn dies zu spät geschah. In der Vergangenheit habe ihre Fraktion, bis auf den letzten Haushalt, immer zugestimmt, allerdings würde es diesmal davon abhängen, welche Unterstützung ihre Fraktion zu den eigenen Änderungsanträgen erfährt, welche folgende Schwerpunkte beinhalten:

- Radverkehr: speziell die Umsetzung des Radentscheids, dass 250.000 EUR für die Maßnahmen in der Leopoldstr., Meyfarthstr., Meienbergstr. und die Maßnahme „Brachen und Gleise“ im Haushalt eingestellt werden; Der Haushaltsbegleit Antrag soll die Ziele des Radentscheids für die nächsten 6 Jahre mit den notwendigen Mitteln untersetzen,
- Klima- und Umweltschutz,
- Kultur: Rettung des Zughafens durch Bereitstellung von 350.000 EUR für dringliche Brandschutzmaßnahmen,
- Schulsanierung.

Sie kritisierte die Vorgehensweise der Fraktion SPD, welche die Anträge angeblich mangelnder Gegenfinanzierung abgelehnt hatte obwohl von ihren 14 Maßnahmen 12 auf Grund mangelnder Gegenfinanzierung von der Verwaltung abgelehnt wurden. Die Gegenfinanzierungs- und Deckungsvorschläge ihrer Fraktion habe die SPD für eigene Projekte eingesetzt, was zu Misstrauen führte. Zur Pressemitteilung des Oberbürgermeisters, in welcher die Fraktionen auffordert den Haushalt zuzustimmen und ihrer Verantwortung bewusst zu sein, konterte sie damit, dass Kommunikation und Haushaltsverhandlungen keine Einbahnstraßen seien. Abschließend forderte sie den Oberbürgermeister dazu auf, den Haushaltsentwurf für den Haushalt 2022 in der ersten Stadtratssitzung nach der Sommerpause für eine bessere Vorbereitung zur Verfügung zu stellen.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, wies darauf hin, dass am Vortag "Steuerzahlergedenktag" war, sprich bis zum 13.07.2021 die Erfurter Bürger Steuern entrichtet haben für Ausgaben, welche man jetzt erst im Haushalt festsetzt. Erschloss sich der Meinung an, dass der zeitliche Ablauf der Haushaltsfindung eine Katastrophe sei. Die späte Beschlussfassung würde dazu führen, dass Vorschläge, wie z. B. das VMT-Familienticket der Fraktion CDU, wegen des Zeitablaufs nicht mehr sinnvoll umgesetzt werden können. Anpassungen des Änderungsvorschlags, seitens des Oberbürgermeisters, damit die Stadträte darüber inhaltlich abstimmen können, gab es nicht. Es würden nach wie vor die angeforderten Freiwilligkeitsvermerke fehlen, welche die Recherche vereinfachen und die Bereiche anzeigen würde, wo Einsparungen tatsächlich möglich wären. Ebenfalls würden die Pflichtenläuterungen an Stellen fehlen, wo sich Ausgaben wesentlich erhöht haben, sowie eine gesetzlich festgelegte Mindestrücklage. Die Tatsache, dass der Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung nach 3 Stunden Haushaltsdebatte diesen mehrheitlich ablehnte, würde die Lage gut widerspiegeln, in welcher sich der Stadtrat befindet. Er wies darauf hin, dass es für den Flughafen Erfurt-Weimar keine geplanten Ausgaben gibt, da dieser vollständig vom Land finanziert wird, die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN diesen allerdings für eine Tiny-House-Siedlung niederreißen möchte. Anschließend listete er Schwerpunkte auf, welche der Stadtrat bereits beschlossen oder abgelehnt hat, so u. a.:

- Erhöhung der Zuwendung für die Fraktionen im Stadtrat – beschlossen
- Queeres Zentrum – beschlossen,
- Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes – abgelehnt,
- Radentscheid – beschlossen (obwohl entweder Radwege oder Schulen finanzierbar seien),
- Unterbringung von Flüchtlingen in einem leerstehenden Baumarkt und zeitgleich Einzelunterbringung von Migranten und Flüchtlingen – beschlossen,
- Anträge zum Schutz von Schulen und Sporthallen – abgelehnt.

Auf Anfrage seiner Fraktion teilte die Stadtverwaltung mit, dass eine Investitionsrückstand von 565 Mio. EUR bei der Gebäudeinfrastruktur besteht, davon 370 Mio. EUR bei Schulen

und Sporthallen und 70 Mio. EUR bei Kindergärten. Dies sei die Kehrseite der Prestigeprojekte der anderen Fraktionen, wie z. B. die "Nördliche Geraaue", während Pflichtaufgaben wie Schulen und Kitas zurückstecken mussten, was er als Ursache für die Demonstration vor der Thüringenhalle sah. Dieser Investitionsrückstand zusammen mit dem der Verkehrsinfrastruktur ergäbe bei Pflichtausgaben einen Investitionsrückstand in Höhe von fast 1 Mrd. EUR. Prestigeprojekte wie der Bastionskronenpfad, die Multifunktionsarena und der Zughafen würden sich zu einem wirtschaftlichen Alptraum entwickeln. Der Oberbürgermeister wird, so vermutete Herr Schlösser, fehlende Einnahmen eines Buga-Defizits durch das Land erstatten lassen, dieses Geld würde aber nun für Schulen und Kitas fehlen. Seine Fraktion wünschte sich, dass der Oberbürgermeister, welcher ankündigte nicht bei der Kultur sparen zu wollen, nicht bei Schulen und Kitas spart. Neben den bereits abgelehnten Anträgen zum Haushaltsentwurf wies er auf einen weiteren Antrag hin, welcher den Kleingartenverband bezuschussen soll. Er kündigte an, dass seine Fraktion alle Änderungsanträge zustimmen wird, die die Sanierung oder Fertigstellung von Schulen und Kindergärten beinhalten. Laut der Presse sei die Zustimmung des Haushaltes u. a. durch die Stimmen der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN gesichert. Diese warben damit, gemeinsam Änderungsanträge erstellt zu haben, welche ehrlich finanzierbar, ideologie- und schmerzfrei wären. Es würde aber schmerzvolle Änderungsanträge benötigt werden um die Schulen und Kitas zu unterstützen. Die Erfurter Bürger würden einen besseren Haushalt verdienen, einen der sich mehr für Schulen und Kitas einsetzt.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, erklärte, dass der zu beschließende Haushalt wichtig sei, auch wenn er sehr spät eingereicht wurde und bei Zustimmung wahrscheinlich erst im September durch das Landesverwaltungsamt genehmigt wird. Er sei Voraussetzung für den Beginn weiterer Bauvorhaben und den Leistungsempfang im kulturellen und sozialen Bereich. Alle freiwilligen Leistungen würden bei einer Ablehnung des Haushaltes auf der Kippe stehen. Er sagte zu, alle Kraft aufzuwenden, noch im Jahr 2021 einen Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023 vorzulegen. Damit möchte er erneute lange Haushaltsdiskussionen vorweg nehmen. Er bat die Fraktionen darum bei der Abstimmung über den Haushalt gut zu überlegen, ob sie die Zustimmung ihrer Fraktion von einer Ablehnung ihrer Änderungsanträge abhängig machen. Eine Ablehnung des Haushaltes würde nicht die Stadtverwaltung sondern die Bürger der Landeshauptstadt Erfurt bestrafen. Bei den zukünftigen Haushaltsdebatten möchte er, dass folgende Fragen vorab geklärt werden:

- Wo sind unsere Schwerpunkte?
- Was können wir uns an welcher Stelle in welchem Umfang noch leisten?
- Wie können wir die Versprechungen, die draußen getätigt werden, erfüllen?

Der Stadtrat, sich eingeschlossen, so kritisierte er, neigt dazu den Bürgern viel zu häufig Zu- statt Absagen zu geben, obwohl das Zugesagte nicht in den Haushalt kommen wird. In den nächsten Jahren, so schloss er sich der Forderung an, müssen der Schulneubau und die Schulsanierung absolute Priorität haben. Aus dem bestehenden Haushalt und den möglichen Krediten und Fördermitteln sei dies allerdings nicht durchsetzbar. Es müssen daher in der Zukunft kreative Ansätze in der Finanzierung gefunden werden. Abschließend bat er die Stadtratsmitglieder darum gründlich über den Haushalt und die Anträge dazu zu diskutieren und gut zu überlegen, ob sie zustimmen oder nicht und wies dabei noch einmal auf deren Verantwortung hin.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, beantragte eine Verlängerung der kommenden Belüftungspause auf eine Gesamtzeit von 30 Minuten um die notwendigen Debatten innerhalb der Fraktionen führen zu können.

Frau Schönemann ließ daher über den Antrag auf Verlängerung der Pause auf eine Dauer von 30 Minuten abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	33
Nein Stimmen:	1
Enthaltungen:	11

Der Antrag wurde zugestimmt, weshalb eine 30minütige Belüftungs- und Beratungspause folgte.

Im Anschluss an der Unterbrechung löste Herr Panse die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Schönemann ab und bat alle Stadtratsmitglieder das Abstimmungspapier zur Hand zu nehmen. Er erklärte das Abstimmungsprozedere und informierte darüber, dass er nachträgliche Änderungen und Stellungnahmen der Verwaltung vortragen wird.

### **A Änderungsanträge**

#### 1. gemeinsame Änderungsanträge

##### 1.1 gemeinsamer Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion SPD und Fraktion Freie Wähler/Piraten in überarbeiteter Fassung vom 13.07.2021

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, gab eine Änderung unter Nr. 2 " Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll" bekannt, demnach betrug die Änderung ./ 20.000 statt ./ 30.000 EUR.

Herr Panse fragte die Leiterin der Stadtkämmerei, ob dieser Antrag dann insgesamt ausgeglichen sei.

Die Leiterin der Stadtkämmerei bestätigte dies.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, signalisierte die Dringlichkeit des Feuerwehrgerätehauses in Azmannsdorf und verstand die Ablehnung seitens der Stadtverwaltung mit der Begründung, dass angeblich kein Grundstück vorhanden wäre. Nach siebenjähriger Suche habe man vor 2 Jahren ein Grundstück gefunden und dem Ortsteilrat deren Eignung zugesagt. Nun sollte man dies auch erfüllen und daher den gesamten Änderungsantrag zustimmen.

Es folgte die Abstimmung des Antrages mit der soeben vorgetragenen Änderung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 46    Nein: 0    Enthaltung: 9    → damit bestätigt**

##### 1.2 gemeinsamer Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion SPD und Fraktion Freie Wähler/Piraten in überarbeiteter Fassung vom 13.07.2021

Frau Dr. Faber-Steinfeld gab bekannt, dass ihre Fraktion die Hinweise der Verwaltung übernimmt.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung einschließlich der Änderung des Wirtschaftsplanes des Erfurter Sportbetriebes.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 20    Nein: 24    Enthaltung: 1    → damit abgelehnt**

1.3 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion SPD und der Fraktion Mehrwertstadt in überarbeiteter Fassung vom 13.07.2021

Die Abstimmung erfolgte in entsprechender Fassung

**Abstimmungsergebnis: Ja: 29    Nein: 8    Enthaltung: 8    → damit bestätigt**

1.4 gemeinsamer Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90 /Die Grünen und Mehrwertstadt Erfurt

Herr Panse informierte, dass mit dem Änderungsantrag eine Änderung des Wirtschaftsplanes des Erfurter Sportbetriebes verbunden sei und ein Korrekturvorschlag vorläge.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass die Hinweise der Verwaltung durch die einreichenden Fraktionen angenommen werden. Sie zählte einzelne Punkte auf, welche der Änderungsantrag beinhaltet und warb um Zustimmung.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung einschließlich der Änderung des Wirtschaftsplanes des Erfurter Sportbetriebes.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 17    Nein: 16    Enthaltung: 13    → damit bestätigt**

1.5 gemeinsamer Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90 /Die Grünen und Mehrwertstadt

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass die einreichenden Fraktionen die Hinweise der Verwaltung übernehmen, zählte einzelne Punkte des Antrages auf und warb um Zustimmung.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 18    Nein: 17    Enthaltung: 12    → damit bestätigt**

1.6 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion SPD, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN in der neu eingereichten Fassung vom 13.07.2021

Frau Dr. Faber-Steinfeld übernahm im Namen der einreichenden Fraktionen den Korrekturvorschlag der Verwaltung.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, verwies darauf, dass es bereits eine Citymanagerin gibt, welche die Aufgaben übernehmen kann, weshalb es sich hierbei um unnötige Mehrausgaben handle.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, konstatierte, dass das Geld genau dafür und für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in der Innenstadt gedacht sei.

Herr Panse vermutete ein Formulierungsproblem wegen Citymanagerin und Innenstadtmanger.

Herr Hose stellte zwecks Vermutung die Frage, ob es sich bei der Citymanagerin und Innenstadtmanger um die gleiche Person handle. Zur Verwaltung stellte er die Frage ob die Mittel nicht eventuell doch beim Deckungsvorschlag benötigt wird, was die Verwaltung in ihrer Korrektur ablehnte.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung antwortete, dass die Haushaltsstelle mit dieser Zweckbestimmung in einen der letzten Haushalte eingestellt wurde und es um Sachmittel im Innenstadtbereich ginge, welche durch die Wirtschaftsförderung verwaltet werden. In Bezug auf Ziff. 1 des Antrages teilte er mit, sollte der Haushalt beschlossen werden, das Projekt Leitestelle umgesetzt werde. Hierfür benötigt man 10 Stellen.

Herr Vothknecht, Fraktion CDU wies darauf hin, dass er zwar wüsste, dass der Citymanager der Innenstadtmanger sein soll, dies sollte allerdings von der Verwaltung nochmal bestätigt werden.

Herr Linnert bestätigte dies.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 26    Nein: 9    Enthaltung: 12    → damit bestätigt**

1.7 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion SPD, Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN in der am 13.07.2021 eingereichten Fassung

Frau Dr. Faber-Steinfeld übernahm im Namen der einreichenden Fraktionen den Korrekturvorschlag der Verwaltung.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 39    Nein: 0    Enthaltung: 8    → damit bestätigt**

2. Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion CDU in der am 13.07.2021 eingereichten Fassung

Herr Hose gab bekannt, dass seine Fraktion die Hinweise der Verwaltung annimmt.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., wollte vor einer Zustimmung die Befürchtung und Skepsis seiner Fraktion durch eine Frage an den Finanzdezernenten geklärt bekommen. Können die mit dem Antrag vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen die Genehmigung des Haushalts gefährden?

Das befürchtete Risiko, dass die Verpflichtungsermächtigungen so vom Landesverwaltungsamt nicht genehmigt werden schätzte Herr Linnert als hoch ein. Beim Austausch über den Haushaltsplanentwurf der Verwaltung mit dem Landesverwaltungsamt wurde eine

Ablehnung bisher nicht signalisiert, was bei nennenswerten Änderungen allerdings nicht mehr gelte.

Herr Panse stellte selbst die Frage an Herrn Linnert, ob die zulässige Höhe der Verpflichtungsermächtigungen in irgendeiner Form in einer Summe genannt wurde oder sei dies nur eine Einschätzung der Landeshauptstadt, die durch das Landesverwaltungsamt bestätigt oder abgelehnt wird?

Herr Linnert antwortete, dass im vergangenen Jahre eine Summe genannt wurde, diese habe man linear fortgeschrieben. Des Weiteren gäbe es eine Berechnung zur maximal zulässigen Kreditaufnahme, an welche sich die Verwaltung orientiert. Hierbei gäbe es einen geringen Spielraum, sodass man der Auffassung sei, dass man mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf an die Grenze gegangen sei.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, erklärte, dass man aus den soeben genannten Gründen zum Großteil ablehnen wird.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: Ja: 15    Nein: 15    Enthaltung: 16    → damit abgelehnt**

3. Änderungsantrag der Fraktion SPD in der am 13.07.2021 eingereichten Fassung

Frau Dr. Faber-Steinfeld, gab bekannt, dass ihre Fraktion die Korrektur der Verwaltung übernimmt.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 30    Nein: 15    Enthaltung: 1    → damit bestätigt**

4. Änderungsanträge der Fraktion Die Linke

4.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Die Linke, welcher am 13.07.2021 überarbeitet eingereicht wurde

Herr Panse wies darauf hin, dass es neben der Korrektur der Verwaltung noch den Hinweis gab, dass der Antrag nicht den formellen Voraussetzungen entsprach, da die Untersetzung je HHSt. im Unterabschnitt 11100 fehlte. Der Antrag wäre in der Fassung nicht abstimmbare gewesen.

Frau Maurer wies darauf hin, dass nachfolgende überarbeitete Fassung als Tischvorlage eingereicht wurde:

Änderungsantrag zum Haushalt 2021 - Drucksache 0674/21								
Einreicher:		Fraktionen: DIE LINKE		Antrag 4.1 geändert - 11100				
VWH <input checked="" type="checkbox"/>		VMH <input type="checkbox"/>						
Nr.	HHSt.	Bezeichnung	HH-Jahr 2021					
			Veränderung Haushaltsansatz					
			von 2021			nach 2021		
			derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
9	111000	Bürgeramt: Verkehrsrechtliche Erlaubnisse	291.968	-100000	191.968			
	11100 10000	Verwaltungsgebühren	1.985.000	20.000	2.005.000			
	11100 40000	Personalausgaben	2.032.868	-33.000	1.999.868			
	11100 52500	Unterhaltung Hard- und Software	97.700	-20.000	77.700			
	11100 56200	externe Fortbildungskosten	4.300	-2.000	2.300			
	11100 57500	Verbrauchsmaterial	56.000	-10.000	46.000			
	11100 60010	Amtsspezifisches Arbeitsmaterial	85.000	-10.000	75.000			
	11100 65230	Portokosten	35.000	-5.000	30.000			

Herr Linnert bestätigte, dass der korrigierte Änderungsantrag gegen 15 Uhr eingegangen war, weshalb der Hinweis der Verwaltung entfällt. Widerspruch zur Vorgehensweise erhob sich nicht.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend der geänderten Fassung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 27    Nein: 17    Enthaltung: 2    → damit bestätigt**

4.2 Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Die Linke, welcher am 13.07.2021 überarbeitet eingereicht wurde

Herr Blechschmidt gab bekannt, dass seine Fraktion die Korrekturvorschläge der Verwaltung übernimmt. Er gab den Hinweis, dass die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Schiedsstelle darauf aufmerksam machten, dass entsprechende Sachkosten sehr dürrftig geplant wurden.

Herr Hose sah den Änderungsantrag ein, empfand den FDP-Antrag aber als bessere Lösung, da dort mehr Geld eingestellt werden würde und die Deckungsquelle seiner Fraktion mehr zusagt, weshalb seine Fraktion diesen Antrag ablehnen und den FDP-Antrag zustimmen wird.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 25    Nein: 13    Enthaltung: 8    → damit bestätigt**

## 5. Änderungsanträge der Fraktion AfD

### 5.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion AfD

Herr Panse wies darauf hin, dass der Antrag trotz Korrektur nicht ausgeglichen wäre.

Wortmeldungen erfolgten nicht, weshalb der Antrag in der ursprünglich eingereichten Form zur Abstimmung gestellt wurde.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 37    Enthaltung: 2                    → damit abgelehnt**

### 5.2 Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion AfD

Herr Schlösser erläuterte den Antrag seiner Fraktion und wies darauf hin, dass die Fraktion CDU einen ähnlichen Antrag stellen, bei welchem sie die Erhöhung der Zuweisung von den Pachteinnahmen vorsehen, welchen seine Fraktion ebenfalls als gut empfand, warb dennoch für den eigenen Antrag.

Es folgte die Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 39    Enthaltung: 0                    → damit abgelehnt**

## 6. Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### 6.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robeck erläuterte die einzelnen Punkte des Änderungsantrages seiner Fraktion und gab bekannt, dass diese die Korrektur der Verwaltung übernimmt.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 16    Nein: 29    Enthaltung: 1                    → damit abgelehnt**

### 6.2 Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welcher am 13.07.2021 geändert eingereicht wurde

Frau Rothe-Beinlich zog den Änderungsantrag zurück, da die 350.000 EUR für den Zughafen bereits in einen anderen Änderungsantrag bestätigt wurden.

**Der Antrag wurde zurückgezogen.**

### 6.3 Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm im Namen ihrer Fraktion die Korrektur der Verwaltung an, erläuterte die einzelnen Punkte des Änderungsantrages und warb um Zustimmung.

Herr Hose fragte in Bezug auf den Hinweis der Verwaltung, ob durch den Antrag eine Deckung besteht.

Herr Linnert antwortete, dass die Bemerkung der Verwaltung im Abstimmungspapier sich erledigt hatte, weswegen sie gestrichen wurde.

Herr Hose fragte fürs Protokoll, ob der Antrag gedeckt sei.

Herr Linnert bestätigte, dass die Deckung gegeben sei.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 17    Nein: 28    Enthaltung: 3            → damit abgelehnt**

6.4 Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, nahm im Namen seiner Fraktion den Korrekturvorschlag der Verwaltung an. Er bedankte sich dafür, dass 500.000 EUR für die Bodenbevorratung von der Verwaltung eingestellt wurden. Anschließend gab er bekannt, dass man die Ziff. 4 des Antrages (Gutenbergstraße) aus dem Antrag streicht, da die Stellungnahme der Verwaltung hierzu negativ ausfiel und würde entsprechend die Parkpalette Nordhäuser Straße mit den 800.000 EUR wieder hinzufügen. Abschließend ging er auf die Wichtigkeit der Gehbahnerneuerung ein und warb um Zustimmung.

Herr Linnert wies darauf hin, dass die Deckungsquelle für die Nordhäuser Straße zu 100 % aus der Stellplatzablöse finanziert wird, welche zweckgebunden sei. Durch einen Eingriff wäre der gesamte Antrag nicht ausgeglichen.

Herr Robeck nahm den Hinweis Herrn Linnerts an und tauschte daher die Deckungsquelle zum Bastionskronenpfad, da der Antrag seiner Fraktion unter Ziff. 6.2 zurückgezogen wurde. Dies in Kombination mit der Position 4 „Gutenbergstraße“ dieses Antrages sollte eine Deckung ermöglichen.

Frau Rothe-Beinlich merkte an, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zum Bastionskronenpfad darauf hingewiesen wurde, dass die Gelder dieses Jahr nicht ausgegeben werden.

Die Leiterin der Stadtkämmerei, erklärte, dass die Summe für eine Deckung nicht reichen würde, da unter den Antrag 6.2 nur 350.000 EUR entnommen werden sollten. Sie bat daher um eine Präzisierung des Antrages.

Herr Maicher gab die Präzisierung wie folgt an:

- 250.000 EUR aus der Bodenbevorratung (da Verwaltung 500.000 EUR eingestellt hat)
- 350.000 EUR aus dem Bastionskronenpfad
- 800.000 EUR aus der Gutenbergstraße

Somit käme man auf 1,4 Mio. EUR, wobei der offene Betrag für die Deckung übrig bleiben sollte.

Frau Dr. Faber-Steinfeld äußerte ihre Verwirrung.

Die Leiterin der Stadtkämmerei bat den Einreicher des Antrages darum die Zeilen, welche er in seinem geänderten Antrag nunmehr beantrage, einzeln vorzutragen um die Deckung abgleichen zu können.

Herr Robeck erläuterte die Änderungen des eingereichten Antrages wie folgt (Änderungen durch Streichung bzw. Fettdruck hervorgehoben):

Nr.	HHSt.	Bezeichnung	HH-Jahr 2021					
			<u>Veränderung Haushaltsansatz</u>					
			von 2021			nach 2021		
			derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	63000 95057	Gehbahnerneuerung				590.000	260.000	850.000
2	79500 94300	Ausgleichsmaßnahmen Naturschutz - GVZ - Maßnahme Vieselbach ehemal. Freibad				18.000	55.000	73.000
3	88000 93220	Flächenerwerb für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen - Bodenbevorratung	-	-	-	0	250.000	250.000
4	63300 95330	Gutenbergstraße	-	-	-	0	800.000	800.000
5	68100 98500	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen zur Errichtung einer Parkpalette in der Nordhäuser Straße	1.500.000	1.365.000	135.000	-	-	-
3 (NEU)	61550 .9503 0	Bastionskronenpfad	6.630.840	- 315.000	6.315.840			

Die Leiterin der Stadtkämmerei erklärte, wenn demnach beim Bastionskronenpfad nur 315.000 EUR entnommen werden sollte, wäre die Deckung wieder gegeben.

Herr Linnert bestätigte dies.

Herr Hose fragte den Finanzdezernenten ob das Geld in der Haushaltsstelle noch vorhanden wäre.

Herr Linnert leitete die Frage mit der Vorbemerkung, dass rein rechnerisch die Angelegenheit nun aufginge, weiter an die Leiterin der Stadtkämmerei. Diese verwies auf die Stellungnahme zum Bastionskronenpfad, welche nicht zu einer Kürzung riet, da es vertragliche Verpflichtungen hierfür gäbe. Rei

Herr Erfurth, Fraktion AfD, warf ein, dass auf seiner Nachfrage, ob die Gelder zum Bau des Bastionskronenpfades anderweitig eingesetzt werden können die Antwort bekam, dass dies nicht möglich wäre. Er fand es merkwürdig, dass man es zulassen würde, nur weil es rein rechnerisch möglich wär, obwohl dieses Geld nicht genutzt werden kann.

Herr Panse fragte, ob der zuständige Dezernent sich hierzu äußern könnte.

Herr Bärwolff, Beigeordneter für Bau und Verkehr, erklärte, dass der Bau des Bastionskronenpfades ein Gesamtvolumen von 10,5 Mio. EUR hätte, davon wären 8,5 Mio. EUR Fördermittel und der Rest Eigenmittel. Die Fördermittel ließen sich rechtlich schwerverschieben, sodass man die Eigenmittel verschieben müsste. Dieses Jahr ging es im Haushalt um die Abfinanzierung der baulichen Maßnahme, sodass es noch funktionieren würde, allerdings ginge es perspektivisch im Haushalt 2022/23 nicht mehr, da das Geld dann für den zweiten Bauabschnitt benötigt wird.

Herr Maicher bedankte sich über die Aussage des Herrn Bärwolffs, dass die Entnahme derzeit noch funktionieren würde.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend mit den soeben mündlich vorgetragenen Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 6    Nein: 37    Enthaltung: 5            → damit abgelehnt**

7. Änderungsantrag Fraktion Mehrwertstadt in der am 13.07.2021 korrigierten Fassung

Herr Panse wies auf die Hinweise der Verwaltung und darauf hin, dass in der vorliegenden Fassung der Antrag nicht abgestimmt werden kann.

Herr Frenzel teilte mit, dass der Antrag in den Kreisen der Feuerwehr zu Aufruhr geführt hatte. Auch wenn eine Gemeinschaftsschule sinnvoll sei, würde es ein falsches Signal an die Bevölkerung senden, wenn man an Schutzmaßnahmen, welche Pflichtaufgaben seien, sparen würde. Die Finanzierung der Lösch- und Sonderfahrzeuge sei dringend notwendig, da diese zum Teil bereits 22 Jahre Dienstzeit hinter sich haben.

Herr Perdelwitz nahm die Bedenken sehr ernst, jedoch habe der zeitliche Verlauf dazu geführt diesen Änderungsantrag einzubringen. Nach Meinung seiner Fraktion sei der Druck auf die Schulen derzeit höher, weswegen man die Löschfahrzeuge später anschaffen soll.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 3    Nein: 44    Enthaltung: 1            → damit abgelehnt**

8. Änderungsanträge der Fraktion Freie Wähler/Piraten gab es nicht

9. Änderungsanträge der Fraktion FDP

9.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion FDP

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP, akzeptierte im Namen seiner Fraktion den Korrekturvorschlag der Verwaltung.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte entsprechend in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 17    Enthaltung: 1            → damit bestätigt**

Die Änderungsanträge 9.2 – 9.19 der Fraktion FDP wurden zurückgezogen.

10. Anträge der Ortsteilbürgermeister

10.1 Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Vieselbach

Herr Poloczek-Becher, Ortsteilbürgermeister Vieselbach, räumte ein, dass die Änderungsanträge als Begleitanträge gestellt werden sollten, weswegen er all seine Änderungsanträge zurückzog.

Änderungsantrag Nr. 1:

**Der Änderungsantrag wurde zurückgezogen**

Änderungsantrag Nr. 2:

**Der Änderungsantrag wurde zurückgezogen**

Änderungsantrag Nr. 3:

**Der Änderungsantrag wurde zurückgezogen**

10.2 Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Stotternheim

Herr Panse informierte, dass es den Hinweis der Verwaltung gibt, dass durch den Antrag ein Eingriff in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes erfolgen würde, sowie über einen Korrekturvorschlag. Er fragte ob die Ortsteilbürgermeisterin Stotternheims dies übernehmen möchte, bekam jedoch keine Reaktion, da die Ortsteilbürgermeisterin nicht zugegen war.

Die Abstimmung erfolgte in Fassung der Verwaltung einschließlich der Änderung des Wirtschaftsplanes des Erfurter Sportbetriebes<sup>2</sup>.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 32    Nein: 1    Enthaltung: 8            → damit bestätigt**

#### 10.3 Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, gab bekannt, dass er die Änderungsanträge Nr. 1 und 4 zurückzieht. Anschließend erläuterte er die Änderungsanträge nur 2. und 3. Zu den Hinweisen der Verwaltung, dass die Deckungen fehlen konkretisierte er, dass er nicht dafür zuständig sei passende Deckungen zu finden, eine Streichung jedoch inakzeptabel sei.

Die Abstimmung des Änderungsantrages Nr. 2 erfolgte ohne Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 14    Nein: 19    Enthaltung: 11            → damit abgelehnt**

Die Abstimmung des Änderungsantrages Nr. 3 erfolgte ohne Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 12    Nein: 14    Enthaltung: 19            → damit abgelehnt**

#### 10.4 Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Johannesplatz

Herr Panse erklärte, dass es Hinweise der Verwaltung zum Antrag Nr. 1 gab, bekam jedoch keine Reaktion durch den Ortsteilbürgermeister des Johannesplatzes, da dieser nicht anwesend war.

Die Abstimmung des Änderungsantrages Nr. 1 erfolgte daher ohne Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 27    Enthaltung: 11            → damit abgelehnt**

Es erfolgte die Abstimmung des Änderungsantrages Nr. 2.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 8    Nein: 24    Enthaltung: 15            → damit abgelehnt**

#### 10.5 Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Egstedt, welcher am 14.07.2021 geändert eingereicht wurde

Herr Panse bekam die Information, dass der Ortsteilbürgermeister Egstedt die Korrekturvorschläge der Verwaltung übernahm.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., fragte wie bei dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung das Geld aus den Mitteln nach § 4 Ortsteilverfassung weggenommen wird, ob es dann anteilig auf alle anderen 42 Ortsteile aufgegliedert oder sei es das Geld, was dem Ortsteil Egstedt allein zur Verfügung stehen würde.

---

<sup>2</sup> Es wurde telefonisch mitgeteilt, dass die Ortsteilbürgermeisterin von Stotternheim der Abstimmung ihres Antrages 10.2 zum Haushalt in Fassung der Verwaltung zugestimmt hat.

Herr Linnert antwortet, dass es das Geld sei, welches dem Ortsteil Egstedt zustehen würde.

Frau Landherr fragte daraufhin, ob der Ortsteilbürgermeister die Angelegenheit nicht hätte auch so mit der Verwaltung klären können.

Herr Panse gab an, dass dies möglicherweise zutreffend sei, zumal die Ortsteile relativ frei über dieses Geld verfügen können.

Herr Hose klärte im Namen des Ortsteilbürgermeisters Egstedt auf, dass er es über die Verwaltung versucht hatte, es ein Versprechen durch den Oberbürgermeister und Unterstützung aller Fraktionen gab. Da es letztlich nicht erfolgversprechend war, brachte er diesen Antrag ein.

Die Abstimmung des Antrages erfolgte in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 45    Nein: 0    Enthaltung: 0            → damit bestätigt**

10.6 Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Büßleben

Da es keine Wortmeldung zu den Hinweisen der Verwaltung gab wurde der Antrag unverändert abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 21    Enthaltung: 17            → damit abgelehnt**

10.7 Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Azmannsdorf

Da es keine Wortmeldung gab wurde der Antrag unverändert abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 0    Nein: 15    Enthaltung: 27            → damit abgelehnt**

11. Verwaltungsänderung

Drucksache 0915/21 – Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0674/21 - Haushalts-satzung 2021 und Haushaltsplan 2021

Da es keine Wortmeldung gab wurde über den Antrag abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 32    Nein: 8    Enthaltung: 1            → damit bestätigt**

Im Anschluss wurde eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt.

## B Begleitanträge

1. Gemeinsame Begleitanträge lagen nicht vor.

2. Begleitanträge der Fraktion CDU

Haushaltsbegleitantrag 01 - Haushaltssicherungskonzept

Herr Hose sprach an diesem Punkt zu allen Begleitanträgen seiner Fraktion, welche zukunftsweisend für kommende Haushalte beantragt wurden, um dann wieder den Haushaltsentwürfen zustimmen zu können. Wichtig seien seiner Fraktion folgende Punkte:

1. Ein Haushaltssicherungskonzept, um die Finanzhoheit des Stadtrates wiederzuerlangen, auch wenn man dadurch sparen und Prioritäten setzen muss. Aus diesem Grund habe man keinen der vorher zur Wahl stehenden Änderungsanträge zugestimmt, da diese weiterhin die Pflichtaufgaben "Schulen und Kindergärten" für freiwillige Leistungen zurückgestellt.
2. Die Evaluation der Sozialausgaben, welche im Haushalt am meisten gestiegen sind. Auch wenn sie alle notwendig seien, müsse man dennoch Prioritäten setzen um eine Finanzierung zu gewährleisten.
3. Die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes, was bisher leider noch nicht vorgestellt werden konnte.
4. Die Verringerung des Verkaufs städtischer Grundstücke um eine nachhaltige Finanzpolitik zu ermöglichen.
5. Eine frühzeitige Vorlage eines Haushaltsentwurfs für den Haushalt 2022, welcher bereits im November 2021 vorzulegen sei.
6. Die Bildung von Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt, um die Finanzierung des Baus und der Sanierung von Kindergärten und Schulen zu gewährleisten.
7. Eine zentrale Leistestelle, welche durch die Landespolitik stark gefördert wird, bei welcher der Oberbürgermeister eine vertragliche Verpflichtung eingegangen war.

Den Begleitantrag der Fraktion SPD, dem Finanzbeigeordneten einen externen Gutachter zur Seite zu stellen, fand seine Fraktion zwar überraschend, da der Dezernent selbst aus den Reihen der SPD kommt, sei aber ein richtiger Ansatz, den seine Fraktion unterstützen möchte.

Herr Hose hinterfragte, ob es wirklich notwendig sei den Haushalt 2021 zu beschließen. Seiner Fraktion war klar, würde man dem Haushalt zustimmen, würden die Spielräume der nächsten Haushalte immer enger werden. Der Haushalt sei einer der gebrochenen Versprechen, welcher die Investition bei Kitas und Schulen erneut nicht ermöglicht und keine Einsparungen vornimmt. Er kritisierte die Aussage von Herrn Perdelwitz, jeden Haushalt zuzustimmen, sprich einen Blankocheck auszustellen, da dadurch der Oberbürgermeister nach seinem Willen, unabhängig vom Stadtrat den Haushalt gestalten kann. Für seine Fraktion gebe es bei diesem Haushalt zwei Seiten, die zustimmende oder die ablehnende Seite. Die zustimmende Seite würde es akzeptieren, dass weiterhin Versprechen gebrochen und zu wenige Investitionen getroffen werden und es keine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen gibt. Die ablehnende Seite möchte dies für die Zukunft verhindern und den Teufelskreis der letzten Jahre durchbrechen. Die Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Mehrwertstadt Erfurt könne er nicht verstehen, wenn sie einerseits sagen, es dürfe mit dem Haushalt nicht wie bisher weitergehen, ihn aber dennoch erneut zustimmen wollen. Unabhängig vom Ergebnis über die Abstimmung des Haushaltes sei seine Fraktion

zu Gesprächen über den nächsten Haushalt bereit. Man benötigte eine grundlegende Änderung in dieser Stadt, beim Haushalt und beim politischen Umgang miteinander. Ein "Weiter so" dürfe es nicht geben, weshalb er erneut um Ablehnung des Haushaltes 2021 warb.

Frau Dr. Faber-Steinfeld konstatierte, dass eine Ablehnung des Haushaltes für die Stadt Erfurt und seiner Einwohner keinen Mehrwert bringen würde, weswegen ihre Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Der Oberbürgermeister und der Finanzdezernent würden sehr wohl wissen, dass sie in zukünftigen Haushalten Einsparungen zugunsten der Pflichtaufgabe "Schulen und Kindergärten" vornehmen müssen. Der externe Gutachter sei an dieser Stelle hilfreich und gut angebracht. Den Begleitanträgen der Fraktion CDU würde man Großteils zustimmen, allerdings seien sie gegen ein, aus der Vergangenheit wieder aufgegriffenes, Haushaltssicherungskonzept, welches im geforderten Zeitrahmen umzusetzen nicht möglich sei. Ihre Fraktion wolle zeitnah im Finanzausschuss, gerne auch mit anderen Fraktionen, einen Stufenplan zusammen mit einem Produktkatalog, welcher die freiwilligen und verpflichtenden Aufgaben aufzeigen soll, vorlegen. Dies muss mit Zahlen unterlegt werden, sodass man dann sehen kann an welcher Stelle Einsparungen möglich seien.

Frau Maurer sah keinen möglichen erzieherischen Erfolg an der Ablehnung des Haushaltes, wie ihn die Fraktion CDU erreichen wollte. Auch würde ein Haushaltssicherungskonzept diesem Ziel widersprechen, da man dadurch die Verantwortung abgeben würde. Weiterhin merkte sie an, dass man den Haushalt auch für die Vorplanung und ein Budget zur Schulsanierung benötigt. Einigen der Begleitanträge der Fraktion CDU würden sie zustimmen, den meisten allerdings nicht.

Herr Stassny äußerte seine Verwirrung darüber, dass die Fraktion CDU Begleitanträge stellte, welche seine Fraktion auch in Teilen zustimmen möchte, aber den Haushalt und somit im Ergebnis die eigenen Begleitanträge ablehnen will. Er vermutete daher, dass die Fraktion CDU sich darauf verlässt, dass es zu einer Mehrheit des Stadtrates für den Haushalt gibt, damit deren Begleitanträge zur Geltung bekommen.

Frau Landherr erinnerte in Bezug auf das Haushaltssicherungskonzept daran, dass dies immer mit Einschränkungen verbunden war. Sie wunderte sich über den geforderten Konsolidierungszeitraum von 3 Jahren, bei welchen der Stadtrat handlungsunfähig wäre. In 3 Jahren wären Wahlen, bis dahin könne die Stadtverwaltung keine besonderen Ereignisse vorlegen, wobei sie die Vermutung anstellte, dass genau dies von der Fraktion CDU im Wahlkampf genutzt werden soll. Statt eines Haushaltssicherungskonzeptes sollte die Fraktionen gemeinsam an die Erreichung der Schul- und Kitasanierungsarbeiten.

Herr Hose konstatierte, dass ein Haushaltssicherungskonzept den Stadtrat nicht einschränken, sondern die Entscheidungsgewalt geben würde. Dann könnte der Stadtrat entscheiden wo Einsparungen getroffen werden. Das Problem des vergangenen Haushaltssicherungskonzeptes war die Uneinigkeit zwischen den Fraktionen, an welcher Stelle gespart werden sollte. Dass der Haushalt für die Schulsanierung wichtig sei, sei absurd, da von den 29 Maßnahmen des Schulnetzplanes mit dem vorliegenden Haushalt 3 Maßnahmen nicht mehr und 22 nicht fristgerecht umsetzbar wären. Er bestätigte die Aussage von Herrn Städter, dass man mit diesem Haushalt den Schulnetzplan erneut beerdigen würde und hinterfragte wieso die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN dennoch dem Haushalt zustimmen wollen. Zur Vermutung Frau Landherrs in Bezug auf einen zukünftigen Wahlkampf verwies er auf die demonstrierenden Bürger vor der Thüringenhalle, wobei es um ein aktuelles Problem ginge.

Der Oberbürgermeister sah in der Aktion von Herrn Hose, vor der Demonstration zu sprechen, als Wahlkampf an. Zum Thema Einsparungen erhoffte er sich eine Schwerpunktsetzung, welche durch den politischen Druck diesmal auch eine Zustimmung bekommt. Es ginge hierbei nicht um rabiate Sparmaßnahmen oder pauschale Kürzungen. Einer ablehnenden Haltung gegen den Haushalt mit gleichzeitiger Einbringung von Anträgen, mit der Hoffnung, dass diese durchgehen, hielt er für unverantwortlich. Eine Ablehnung wäre für die Kulturschaffenden und Ehrenamtlichen eine Katastrophe, da deren Finanzierung gefährdet wäre.

Frau Stange begründete vorab die Ablehnung des 5. Haushaltsbegleitantes zur Evaluation der Sozialausgaben- und aufgaben damit, dass es keine Sozialpolitik sei, die freiwilligen sozialen Aus- und Aufgaben zu kürzen. Die Einsparungen wären gering und würden die Lebensqualität in der Stadt senken.

Herr Panse wies ordnungshalber darauf hin, dass man sich bei der Beratung zum ersten Haushaltsbegleitantes befände und er verwies auf die Redezeit zu den einzelnen Begleitantes.

Herr Dr. Warweg erinnerte daran, dass es früher, unter Herrn Ruge als Oberbürgermeister, ein Haushaltssicherungskonzept gab, was zu drastischen Einschränkungen im freiwilligen Bereich führte. Derzeit gäbe es seitens des Landesverwaltungsamtes noch keinen Zwang ein solches Haushaltssicherungskonzept vorlegen zu müssen. Neben Einschränkungen würde auch die Zukunftsinvestition zur Planungen von neuen Schulen wegfallen. Sollte man dem zustimmen würde man die nächsten 3 Jahre der Zukunft dieser Stadt verlieren. Erst wenn das Landesverwaltungsamt ein Haushaltssicherungskonzept fordert hätte man drastisch falsch gewirtschaftet, was glücklicherweise noch nicht der Fall sei.

Herr Städter gab Herrn Hose als Erklärung zu seiner Aussage an, dass der Schulnetzplan zwar erneut beerdigt werden würde, dies würde aber geschehen, unabhängig davon ob der Haushalt zustande kommt oder nicht. Er hofft auf den vertagten Antrag des Oberbürgermeisters unter Drucksache 0956/20 " Programm zur Sanierung der kommunalen Schulen und zur Umsetzung des Schulnetzplanes in der Landeshauptstadt Erfurt", welcher die Zukunft des Schulnetzplanes weissen soll. Für diesen Antrag benötigt man den Haushalt, weshalb seine Fraktion ihm zustimmen wird.

Herr Schlösser wies auf Herrn Dr. Warwegs Ausführung drauf hin, dass man zu Beginn des Jahres bereits in der Situation war, dass man ein Haushaltssicherungskonzept erstellen müssen. Einzig durch eine Gesetzesänderung hatte man eine Ausnahme geschaffen. Man habe de facto also bereits falsch gewirtschaftet.

Weitere Wortmeldungen zu den Haushaltsbegleitantes der Fraktion CDU gab es nicht, sodass Herr Panse über diese abstimmen ließ.

#### Haushaltsbegleitantes 01 – Haushaltssicherungskonzept

**Abstimmungsergebnis: Ja: 14    Nein: 30    Enthaltung: 2    → damit abgelehnt**

#### Haushaltsbegleitantes 02 – Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts

**Abstimmungsergebnis: Ja: 46    Nein: 0    Enthaltung: 0    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag03 – Weniger städtische Grundstücke verkaufen

**Abstimmungsergebnis: Ja: 43    Nein: 0    Enthaltung: 3            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag04 – Vorlage des nächsten Haushalts

**Abstimmungsergebnis: Ja: 46    Nein: 0    Enthaltung: 0            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag05 – Evaluation der Sozialaufgaben und -ausgaben

**Abstimmungsergebnis: Ja: 28    Nein: 17    Enthaltung: 1            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag06 – Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt sichern

**Abstimmungsergebnis: Ja: 24    Nein: 15    Enthaltung: 6            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag07 – Planung und Bau der Zentralen Leitstelle Mitte

**Abstimmungsergebnis: Ja: 33    Nein: 8    Enthaltung: 4            → damit bestätigt**

3. Begleitanträge der Fraktion SPD

Haushaltsbegleitantrag01 – Sauberkeit, Ordnung und Müll in der Innenstadt

**Abstimmungsergebnis: Ja: 16    Nein: 21    Enthaltung: 8            → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag02 – Externer Gutachter

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 23    Enthaltung: 0            → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag03 – Standort Garten- und Friedhofsamt

**Abstimmungsergebnis: Ja: 27    Nein: 17    Enthaltung: 2            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag04 – Respekt und Anerkennung

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22    Nein: 25    Enthaltung: 2            → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag05 – Erfurter Bodenfond

**Abstimmungsergebnis: Ja: 30    Nein: 7    Enthaltung: 9            → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 06 –Mittelbereitstellung Bürgerbeteiligung

**Abstimmungsergebnis: Ja: 13    Nein: 18    Enthaltung: 15    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 07 –Neuordnung und Erweiterung von Patenschaften für Bäume, Scheiben und Grünflächen

Herr Maicher fragte die Einreicher, ob diese die Ziff. 2 des Beschlusspunktes 02 („Die Paten erhalten neben einer Beratung auch einen Gutschein über 30 Euro für die erstmalige Bepflanzung.“) streichen könnten, sodass seine Fraktion zustimmen würde.

Herr Perdelwitz schloss sich dem Vorschlag von Herrn Maicher an.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., schloss sich dem Vorschlag ebenfalls an.

Frau Dr. Faber-Steinfeld verstand zwar den Grund für eine Streichung nicht, wollte man damit die Erstbepflanzung und Patenschaft für Bäume lukrativer machen, akzeptiere den Vorschlag dennoch und zog Ziff. 2 des Beschlusspunktes 02 im Namen ihrer Fraktion zurück.

Die Abstimmung erfolgte daher ohne Beschlusspunkt 02.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 45    Nein: 0    Enthaltung: 1    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 08 –FFW Azmannsdorf

**Abstimmungsergebnis: Ja: 41    Nein: 0    Enthaltung: 5    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 09 –Wirtschaftsförderung – Stabsstelle City-Management

Herr Hose fragte den Einreicher, ob die Innenstadtmanagerin gleich die Citymanagerin sei? Sollte dies der Fall sein, so bäter den Einreicher um eine Änderung der Bezeichnung.

Frau Dr. Faber-Steinfeld bestätigte, dass es sich um die Citymanagerin handle.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 36    Nein: 7    Enthaltung: 3    → damit bestätigt**

4. Begleitanträge der Fraktion DIE LINKE.

Haushaltsbegleitantrag 01 –Erwachsenenstreetwork

**Abstimmungsergebnis: Ja: 14    Nein: 27    Enthaltung: 5    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 02 –100%ige Kostenerstattung der Schülerbeförderung für die Schüler/-innen ab der Klassenstufe 11 ab 2022.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22    Nein: 2    Enthaltung: 21    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 03 –HHSt. 6900 Gewässerunterhaltung – Hochwasserschutz „Maßnahme „linienhafter Hochwasserschutz“ Kerspleben/Töttleben“

Herr Panse wies darauf hin, dass der Antrag am 13.07.2021 geändert eingereicht wurde und es seitens der Verwaltung einen Hinweis zur richtigen Benennung der Haushaltsstelle gibt, sodass er den Einreicher fragte, ob dieser in Fassung der Verwaltung abstimmen lässt. Dies wurde durch Kopfnicken durch den Einreicher bestätigt.

Es erfolgte die Abstimmung in Fassung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 44    Nein: 0    Enthaltung: 2    → damit bestätigt**

5. Begleitanträge der Fraktion AfD

Haushaltsbegleitantrag 01 – Erläuterung und Freiwilligkeitsvermerk im HH 2021

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 37    Enthaltung: 2    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 02 – Verkauf des Anteils der Stadt Erfurt an der Hyma - Die Hydrauliker GmbH

Herr Cypionka erläuterte den Haushaltsbegleitantrag seiner Fraktion.

Herr Präger, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, erinnerte daran, dass Herr Linnert im Wirtschaftsausschuss mehrfach erklärte, dass ein Verkauf des Anteils nicht so einfach durchzuführen sei, weshalb er das Einbringen diesen Antrages nicht verstand.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 38    Enthaltung: 1    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 03 – Unbare Geldleistungen

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 38    Enthaltung: 1    → damit abgelehnt**

6. Begleitanträge der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Haushaltsbegleitantrag 01 – Ziele des Radentscheids ausfinanzieren

Frau Rothe-Beinlich verdeutlichte nochmals, dass der Radentscheid eine Herzensangelegenheit ihrer Fraktion sei und erläuterte den Antrag, welcher essentieller Bestandteil des Radentscheids sei. Sie warb um Zustimmung und mahnte, dass die Stimmen ihrer Fraktion für den Haushalt 2021 an diesen Abstimmergebnis gebunden sind.

Herr Hose akzeptierte die Konsequenz, welche die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN äußerte, erklärte aber, dass selbst bei einer Zustimmung das Geld hierfür fehlen würde, worauf u. a. seine Fraktion bereits bei der Diskussion zum Thema „Radentscheid“ aufmerksam machte. Hierbei handle es sich um ein weiteres Versprechen, welches nicht eingehalten wird.

Herr Mühlmann wies noch einmal darauf hin, dass die Stadt Erfurt zu wenig Geld für Kindergärten und Schulen hat.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 16    Nein: 25    Enthaltung: 4    → damit abgelehnt**

#### Haushaltsbegleitantrag 02 – Nachtbürgermeister-/in für Erfurt

Herr Panse informierte darüber, dass es zu diesem Haushaltsbegleitantrag ein Änderungsantrag der Fraktion CDU gibt. Er fragte daher die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, ob sie die Änderungen annehmen wollen, was diese verneinten.

Es folgte zunächst die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion CDU.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 35    Enthaltung: 3    → damit abgelehnt**

Anschließend wurde über den Haushaltsbegleitantrag 02 in seiner ursprünglichen Form abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 6    Nein: 25    Enthaltung: 14    → damit abgelehnt**

#### Haushaltsbegleitantrag 03 – Fortschreibung Kriminalitätsatlas durch Externe

**Abstimmungsergebnis: Ja: 15    Nein: 19    Enthaltung: 10    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 04 – Richtlinie für Förderprogramm für musikalische Veranstaltungen in der Clubkultur

**Abstimmungsergebnis: Ja: 11    Nein: 29    Enthaltung: 4    → damit abgelehnt**

#### 7. Begleitantrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ PIRATEN

#### Haushaltsbegleitantrag – Investitions- und Erneuerungsstau im Bereich der EDV

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 29    Enthaltung: 8    → damit abgelehnt**

#### 8. Begleitanträge der Fraktion FDP

#### Haushaltsbegleitantrag 01 – Ablaufplanung für Schulbau/-sanierung und Kitabau/-sanierung

**Abstimmungsergebnis: Ja: 13    Nein: 27    Enthaltung: 4    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 02 – Konzept Kulturbahnhof Zughafen

**Abstimmungsergebnis: Ja: 27    Nein: 11    Enthaltung: 5    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 03 – Verhandlungen zur Übertragung/zum Verkauf der Wasserburg Kapellendorf bzw. der Burg Gleichen      **wurde zurückgezogen**

Haushaltsbegleitantrag 04 – Haushalt 2022

**Abstimmungsergebnis: Ja: 15    Nein: 19    Enthaltung: 8    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 05 – Änderung der Ansätze zum Haushaltsentwurf 2022

**Abstimmungsergebnis: Ja: 15    Nein: 25    Enthaltung: 2    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 06 – Konzept Löberwallgraben 16

**Abstimmungsergebnis: Ja: 17    Nein: 20    Enthaltung: 8    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 07 – Konzept zur Reduzierung von Einwegmüll im Gastronomiebereich

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7    Nein: 36    Enthaltung: 2    → damit abgelehnt**

9. Begleitanträge fraktionsloser Stadtratsmitglieder gab es nicht.

10. Begleitanträge der Ortsteilbürgermeister

Haushaltsbegleitantrag 01 Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf – Neubaues des Feuerwehrgerätehauses

**Abstimmungsergebnis: Ja: 26    Nein: 0    Enthaltung: 19    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 02 Ortsteilbürgermeister Egstedt      **wurde zurückgezogen**

Haushaltsbegleitantrag 03 Ortsteilbürgermeister Hochheim – Investitionsprogramm Schulneubau

Herr Richter, Ortsteilbürgermeister Schmira, schlug im Namen des Ortsteilbürgermeisters Hochheims, Herrn Peschke, vor, die beiden Anträge ihrer Ortsteile gemeinsam behandeln zu lassen, da deren Inhalt identisch sei.

Herr Maicher schlug vor den Haushaltsbegleitantrag 10.6 des Ortsteilbürgermeisters von Molsdorf hinzuzuziehen, da dieser ebenfalls inhaltlich identisch sei.

Herr Panse akzeptierte den Vorschlag, wies darauf hin, dass die Abstimmung dennoch getrennt erfolgen wird und fragte nach Wortmeldungen zu den 3 Haushaltsbegleitanträgen.

Herr Richter deutete auf die Demonstration vor der Thüringenhalle hin, welche auf den Schulmangel in der Landeshauptstadt Erfurt hinweisen soll und machte deutlich, dass diese Demonstration in Zukunft größer werden könnte, sollte sich nichts ändern. Er hat sich diese Stadtratssitzung von Anfang bis Ende angeschaut um festzustellen, dass die gleichen Versprechungen wie 2017 gemacht wurden. Damals wie heute fehlte die Zusage der finanziellen Unterbreitung. Sollten Finanzierungen nicht möglich sein, so bat er darum es zukünftig rechtzeitig bekannt zu geben und nicht erst wenn es bereits zu spät sei. Des Weiteren erinnerte er daran, dass man vor einem viertel Jahr über neue Baugebiete in Schmirra sprach, seither aber keine parallele Planung von Schulen und Kindergärten erfolgte. Die Aussage, die bei diesem Gespräch vom Leiter der Abteilung Stadtplanung getroffen wurde, dass Hochheim doch vergrößert wird, kann er nicht gelten lassen. Er kritisierte dabei, dass man von CO<sub>2</sub>-Einsparungen spricht, aber Schüler nicht Vorort, sondern auf eine entfernte Schule schicken muss, da man gegebenenfalls einfach das Pech hatte, keinen Platz am eigenen Ort zu bekommen. Abschließend ging er auf Wahlwerbung der SPD ein, auf welchen diese mit modernen Schulen und gerechten Chancen warb, mit dem Hinweis, dass diese Partei dieses Ziel nicht weiter verfolgen sollte, da sie in diesem Bereich seiner Meinung nach komplett versagt hat.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 35    Nein: 7    Enthaltung: 4    → damit bestätigt**

Herr Panse fragte nach dem Einverständnis die gleichlautenden Anträge unter 10.6 und 10.8 nicht abstimmen zu lassen.

Frau Schönemann gab zu bedenken, dass bei den Anträgen 10.6 und 10.8 für den 2. Bauabschnitt 5,2 Mio. EUR, statt wie bei den soeben bestätigten Antrag 2 Mio. EUR vorgesehen werden.

Herr Panse erklärte, dass mit diesem Hinweis die anderen Anträge einzeln abgestimmt werden müssen, da man schauen muss, welcher am Ende der tragende Antrag sei. Die Abstimmung über diese zwei weiteren Anträge erfolgten nach dem Aufruf des jeweiligen Punktes.

Haushaltsbegleitantrag 04 Ortsteilbürgermeister Hochstedt – Neubau des Rad-Geh-Weges

**Abstimmungsergebnis: Ja: 25    Nein: 0    Enthaltung: 21    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 05 Ortsteilbürgermeister Linderbach - Rückbau des Furtbauwerks

**Abstimmungsergebnis: Ja: 15    Nein: 18    Enthaltung: 13    → damit abgelehnt**

Haushaltsbegleitantrag 06 Ortsteilbürgermeister Molsdorf

1. Investitionsprogramm Schulneubau

**Abstimmungsergebnis: Ja: 33    Nein: 9    Enthaltung: 4    → damit bestätigt**

2. Sicherungsmaßnahmen zur Reduzierung von Oberflächenwasser

**Abstimmungsergebnis: Ja: 45    Nein: 0    Enthaltung: 1    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 07 Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz – Schulinvestitionen,  
wurde am 14.07.2021 geändert eingereicht

Die Abstimmung erfolgte in Fassung der Verwaltung, wie der Ortsteilbürgermeister mitgeteilt hatte.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 38    Nein: 0    Enthaltung: 8    → damit bestätigt**

Haushaltsbegleitantrag 08 Ortsteilbürgermeister Schmira - Investitionsprogramm Schulneubau

Die Abstimmung wurde obsolet, da der Antrag identisch mit den bereits bestätigten Antrag 10.6, Ziff. 1 ist.

Haushaltsbegleitantrag 09 Ortsteilbürgermeisterin Stotternheim - Neubaus einer Schulsporthalle

**Abstimmungsergebnis: Ja: 46    Nein: 0    Enthaltung: 0    → damit bestätigt**

Herr Panse fragte sodann, ob etwaige Anträge vergessen worden oder eine erforderliche Abstimmung unterblieben ist. Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Anschließend rief der Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung der Drucksache 0674/21 inkl. aller zuvor bestätigten Änderungen auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 25    Nein 19    Enthaltung 2    Befangen 0**

Beschluss:

01

Die Haushaltssatzung 2021 und der Haushaltsplan 2021 mit seinen Bestandteilen und Anlagen

- Gesamtplan
- Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt
- Sammelnachweise
- Stellenplan
- Vorbericht
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersichten über den vorläufigen Stand der Schulden, der Rücklagen und der Übernahme von Ausfallbürgschaften
- Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Theater Erfurt, des Entwässerungsbetriebes, des Thüringer Zooparks, des Erfurter Sportbetriebes, der Multifunktionsarena und der Unternehmen

werden beschlossen.

02

Der Finanzplan und das Mehrjahresinvestitionsprogramm werden beschlossen.

03

Die Haushaltsgrundsätze zur Ausführung des Haushaltsplanes 2021 werden beschlossen.

#### 04 Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das schon mehrfach mit Stadtratsmehrheit eingeforderte Personalentwicklungskonzept schnellstmöglich vorzulegen.

#### 05 Weniger städtische Grundstücke verkaufen

1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, städtische Grundstücke vorzugsweise im Rahmen einer Erbpacht oder eines Erbbaurechts zu veräußern.

2.

Die Liegenschaftsverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche städtischen (Teil-) Grundstücke von anderen Nutzern, absichtlich oder unabsichtlich, okkupiert werden und dann eine sinnvolle Bereinigung der Eigentumsverhältnisse zu veranlassen.

#### 06 Vorlage des nächsten Haushalts

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis November 2021 einen Entwurf für den Haushalt 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### 07 Evaluation der Sozialaufgaben und -ausgaben

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum November 2021 eine Übersicht aller freiwilligen Ausgaben, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen, in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe der Stadt Erfurt vorzulegen. Dabei soll jede freiwillige

Ausgabe begründet werden. In die Übersicht sind die Rechnungsergebnisse aus dem Jahr 2019, die geplanten Ausgaben für 2020 und ggf. die rechtlich vorgeschriebenen Mindestausgaben aufzulisten.

#### 08 Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt sichern

Sofern im Vermögenshaushalt der Stadt Erfurt veranschlagte Mittel in diesem Jahr nicht bzw. nicht in Gänze verausgabt werden, wird der entstandene Haushaltsausgaberest in den nächsten Vermögenshaushaltsplan der Stadt Erfurt übertragen.

#### 09 Planung und Bau der Zentralen Leitstelle Mitte

Der Stadtrat bekennt sich zur Planung und zum Bau der Zentralen Leitstelle Mitte.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Planung und dem Bau der Zentralen Leitstelle Mitte so schnell wie möglich zu beginnen, bzw. diese fortzusetzen.

#### 10 Standort Garten- und Friedhofsamt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Verlagerung des Garten- und Friedhofsamtes an einen anderen Standort und die Nutzung der Flächen/ Gebäude als Schulausweichstandort zu prüfen. Das Ergebnis ist dem für Liegenschaften zuständigen Fachausschuss vorzulegen.

#### 11 Erfurter Bodenfond

1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Umsetzung einer sozialen Bodenordnung die Haushaltsstelle „Erfurter Bodenfond“ neu einzurichten.

2.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Haushaltsentwurf 2022 ff. eine Anschubfinanzierung i. H. v. 1. Mio. Euro in die Haushaltsstelle einzustellen.

#### 12 Neuordnung und Erweiterung von Patenschaften für Baumscheiben und Grünflächen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bestehenden Möglichkeiten von Patenschaften zur Pflege von Baumscheiben und Grünflächen neu zu ordnen und öffentlich zu bewerben.

Die Erweiterung der Patenschaften folgt unter folgenden Voraussetzungen:

- (1) Es bleibt bei der klassischen Mitmach-Patenschaft zur Pflege und Begrünung von Baumscheiben.
- (2) Daneben wird eine neue Gießpatenschaft angeboten und als dritte Möglichkeit wird für Baumscheiben und/oder Grünfläche eine „Finanzpatenschaften“ angeboten, bspw. um sich an einer Blühwiese mit Bepflanzung mit insektenfreundlichen Pflanzen, Heckenlandschaften oder dem Mulchen zu beteiligen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, die Patenschaften mittels einer Website analog „Gieß deinen Kiez“ (Berlin) oder „Leipzig gießt“ zu unterstützen und zu koordinieren. Hierzu prüft das Garten- und Friedhofsamt bestehende Konzepte anderer Städte auf ihre Umsetzbarkeit für Erfurt und berichtet dem zuständigen Fachausschuss.

### 13 FFW Azmannsdorf

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab 2022 ff. die Haushaltsmittel zur Umsetzung der Maßnahme „FFW Azmannsdorf“ im Haushalt einzuplanen.

### 14 Wirtschaftsförderung – Stabsstelle City-Management

Der Arbeitsbereich der City-Managerin ist als Stabsstelle direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet.

Der einzurichtenden Stabsstelle „Wirtschaftsförderung – City-Management“ ist mit dem Haushaltsentwurf 2022 ff. ein Sachbearbeiter bzw. eine Sachbearbeiterin in Vollzeit aus dem Personalbestand zuzuordnen.

Das Aufgabengebiet der City-Managerin wird von der Altstadt erweitert, sodass weitere Gebiete der Innenstadt, bspw. der Bereich Johannesstraße sowie die Magdeburger Allee erfasst werden.

### 15 100%ige Kostenerstattung der Schülerbeförderung für die Schüler/-innen ab der Klassenstufe 11 ab 2022

1. Ab dem Haushaltsjahr 2022 erstattet die Stadt Erfurt den Schüler/-innen ab der Klassenstufe 11 die Kosten der Schülerbeförderung vollständig.
2. Zur Umsetzung von Nummer 1 hat der Oberbürgermeister dem Stadtrat bis 30. September 2021 eine Neufassung der Satzung zur Beteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schülern an den Beförderungskosten auf Schulwegen vom 24. Oktober 1995 vorzulegen.
3. Die durch die vollständige Kostenerstattung prognostizierten zusätzlichen Ausgaben von rund 200.000 EUR pro Jahr sind in den Entwurf des Haushaltsplanes 2022 und des Finanzplanes einzustellen.

### 16 UA 69000 Gewässerunterhaltung – Hochwasserschutz Maßnahme „Linienhafter Hochwasserschutz“ Kerspleben/Töttleben

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahme „Linienhafter Hochwasserschutz“ Kerspleben/Töttleben mit dem zuständigen Gewässerunterhaltungsverband/Gewässerunterhaltungsbetrieb für 2021/22 vertraglich zu vereinbaren und über den Stand den Stadtrat sowie den Ortsteilrat Kerspleben fortlaufend zu informieren.

### 17 Konzept Kulturbahnhof Zughafen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31.12.2021 ein gemeinsames Konzept der Stadtverwaltung Erfurt und der Kulturbahnhof Zughafen GmbH, entsprechend der am 27.06.2018 vom Stadtrat bestätigten Vereinbarung, für die weitere Entwicklung des Kulturbahnhofes, dem zuständigen Fachausschuss zur Prüfung und Diskussion vorzulegen.

### 18 Azmannsdorf - Neubaus des Feuerwehrgerätehauses

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass im HH-Planentwurf 2022 die Realisierung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Azmannsdorf festgeschrieben wird. Hierzu sind mindestens 500.000,00 EUR einzuplanen.

## 19 Hochheim – Investitionsprogramm Schulneubau

Im Investitionsprogramm sind in der Haushaltsstelle 26000.94005 zusätzlich folgende Ausgaben zu planen:

2022: 2 Mio. € (2. Bauabschnitt)

2023: 8 Mio. € (3. Bauabschnitt)

2024: 5 Mio. € (4. Bauabschnitt)

## 20 Hochstedt - Neubau des Rad-Geh-Weges

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass im Haushalts-Planentwurf 2022 die Planungskosten für den Neubau des Rad-Geh-Weges von Hochstedt zum Bahnhof nach Vieselbach einzustellen sind. Dabei sind idealerweise Kosten für den Grundstückserwerb zu inkludieren.

## 21 Molsdorf - Investitionsprogramm Schulneubau

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Investitionsprogramm 2022 unter der Haushaltsstelle 26000.94005 zur Fertigstellung der Bauabschnitte 2 - 4 der Thüringer Gemeinschaftsschule 6, Wartburgstr. 71, Hochheim, finanzielle Mittel wie folgt zu planen:

2022: 5,2 Mio. EUR (2. Bauabschnitt)

2023: 8 Mio. EUR (3. Bauabschnitt)

2024: 5 Mio. EUR (4. Bauabschnitt)

## 22 Molsdorf - Sicherungsmaßnahmen zur Reduzierung von Oberflächenwasser

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, finanzielle Mittel im HH-Plan 2022 für entsprechende Sicherungsmaßnahmen zur Reduzierung von Oberflächenwasser, welches bei Starkregenereignissen in die Ortslage Molsdorf fließt, bereitzustellen.

## 23 Moskauer Platz - Schulinvestitionen

Erhöhung der in den Haushaltsstellen 21100.94228 (Grundschulen - GS 28, Bukarester Str. 4, Moskauer Platz) und 22500.94023 (Regelschulen – RS 23, Bukarester Str. 3, Moskauer Platz) eingestellten Mittel um jeweils 100.000 Euro für Planungsleistungen.

## 24 Stotternheim - Neubaues einer Schulsporthalle

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Haushaltsstelle 21100.94041 des Vermögenshaushalts bereitgestellten Mittel für die Planung eines Neubaues einer Schulsporthalle in Stotternheim an ein externes Planungsbüro zu vergeben. Die Planung soll bis zur Leistungsphase 3 erfolgen und bis zum dritten Quartal 2022 abgeschlossen sein.

6.2.7.1. 1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0674/21 - Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021 0915/21

bestätigt Ja 32 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

6.2.7.2. Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitträgen zur Drucksache 0674/21 - Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan 2021 1152/21

bestätigt mit Änderungen

6.2.7.3. Anpassung der Struktur der Unterabschnitte für ausgewählte Ämter ab dem HH-Jahr 2021 0599/21

zur Kenntnis genommen

6.2.7.4. Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 07.07.2021 zum TOP 3. - Nachfragen zum Haushaltsplanentwurf 2021 (Drucksache 0674/21) 1179/21

zur Kenntnis genommen

## 7. Informationen

Es lagen keine Informationen vor, weshalb Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung beendete und die Nichtöffentlichkeit herstellen ließ.

gez. Panse  
Stadtratsvorsitzender

gez.   
Schriftführer

gez. Schönemann  
stellv. Stadtratsvorsitzende